

24.6.83 n°20

**PRESSE-OVERSIGT • PRESSEBERICHT • PRESS REVIEW • REVUE DE PRESSE  
ΕΠΙΘΕΩΡΗΣΗ ΤΥΠΟΥ • RASSEGNA STAMPA • PERSOVERZICHT**

---

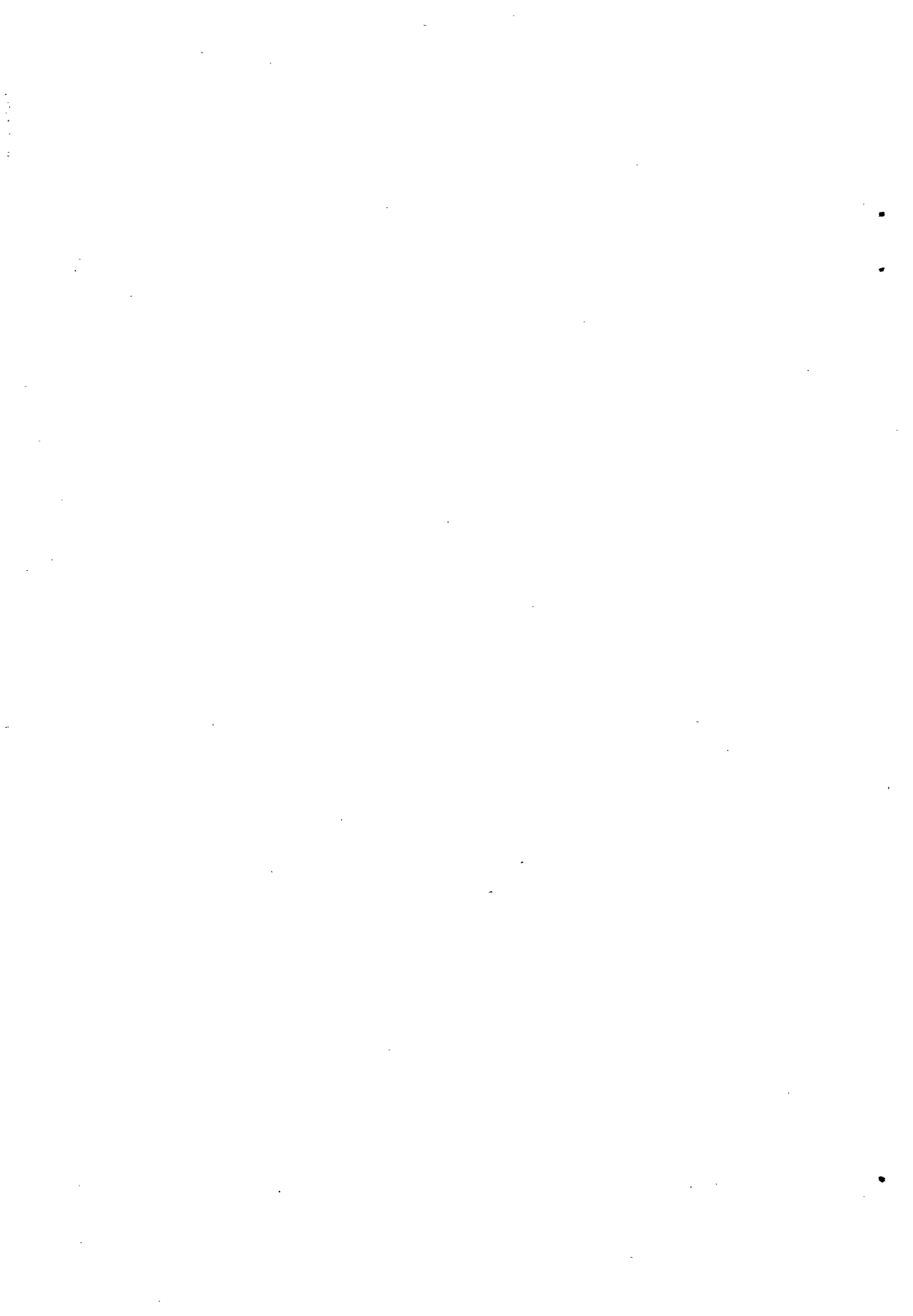
**SELECTION HEBDOMADAIRE DE PRESSE**

---

**LIBRARY**

CONSEIL EUROPEEN DE STUTTGART

---

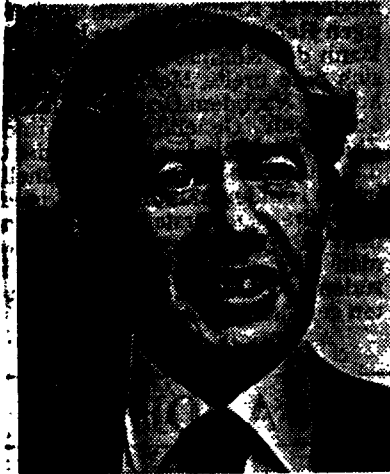


# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Datum: 20. VI. 1983 Seite: 1

## ZITAT DES TAGES



„Wir haben eine schwere  
Krise vermieden und  
müssen jetzt einen neu-  
en Anfang machen.“

Gaston Thorn, Präsident der EG-  
Kommission, nach Abschluß des Stutt-  
garter Gipfels. FOTO: WOLFGANG PRANGE

## Weiter auf dem Weg zu einem engeren Zusammenschluß

Die „Feierliche Deklaration zur Europäischen Union“ in Wortlautauszügen

### 1. ZIELE

1.1. Die Staats- und Regierungschefs bekräftigen ihre Verpflichtung, auf dem Weg zu einem immer engeren Zusammenschluß der Völker und Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft voranzuschreiten; sie tun dies im Bewußtsein einer Schicksalsgemeinschaft und in dem Willen, die europäische Identität zu behaupten.

1.2. Die Staats- und Regierungschefs bekräftigen die vom Europäischen Rat am 8. April 1978 abgegebene Erklärung zur Demokratie, in der es heißt, daß die Achtung und die Aufrechterhaltung der parlamentarischen Demokratie und der Menschenrechte in allen Mitgliedstaaten wesentliche Elemente der Zugehörigkeit zu den Europäischen Gemeinschaften sind.

1.3. Zur Erzielung wachsender Solidarität und Gemeinsamkeit des Handelns bedarf das europäische Einigungswerk einer deutlicheren Ausrichtung auf seine allgemeinen politischen Ziele, auf wirksamere Entscheidungsstrukturen, einen festeren Zusammenhalt und eine enge Koordinierung seiner verschiedenen Tätigkeitsbereiche sowie auf das Bemühen um eine gemeinsame Politik in allen Bereichen von gemeinsamem Interesse sowohl innerhalb der Gemeinschaft als auch gegenüber Drittländern.

1.4. In dem Bestreben, die bisher im wirtschaftlichen wie auch im politischen Bereich erzielten Fortschritte auf dem Wege zur Europäischen Union zu festigen, bekräftigen die Staats- und Regierungschefs folgende Ziele:

1.4.1 Stärkung und weiterer Ausbau der Gemeinschaften, die das Kernstück der Europäischen Union bilden, durch die Vertiefung bestehender und die Ausarbeitung neuer politischer Zielsetzungen im Rahmen der Verträge von Paris und Rom;

1.4.2 Stärkung und Ausbau der Europäischen Politischen Zusammenarbeit durch die Erarbeitung und Festlegung gemeinsamer Positionen und eines gemeinsamen Vorgehens auf der Grundlage verstärkter Konsultationen im Bereich der Außenpolitik einschließlich der Koordinierung der Positionen der Mitgliedstaaten zu den politischen und wirtschaftlichen Aspekten der Sicherheit, um die schrittweise Entwicklung solcher Positionen und eines solchen Vorgehens in immer mehr Bereichen der Außenpolitik zu fördern und zu erleichtern; (Fußnote: Vorbehalte Dänemarks. Vergleiche griechische Erklärungen im Protokoll zu 2.2.2 und 2.2.3)

1.4.3 die Förderung folgender Tätigkeiten, soweit sie nicht im Rahmen der Verträge verwirklicht werden können: - eine engere kulturelle Zusammenarbeit, um das Bewußtsein eines gemeinsamen kulturellen Erbes als Teil der europäischen Identität

zu festigen; - eine Angleichung bestimmter Bereiche der Gesetzgebung der Mitgliedstaaten, um die Beziehungen zwischen ihren Staatsangehörigen zu erleichtern; - eine gemeinsame Analyse und ein abgestimmtes Vorgehen, um den internationalen Problemen der öffentlichen Ordnung, schweren Gewalttaten, dem organisierten internationalen Verbrechen und allgemein der grenzüberschreitenden Kriminalität zu begegnen.

### 2. INSTITUTIONEN

Die Staats- und Regierungschefs unterstreichen die Bedeutung, die einem größeren Zusammenhalt und einer engen Abstimmung auf allen Ebenen der bestehenden Strukturen der Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Politischen Zusammenarbeit für ein umfassendes und übereinstimmendes Handeln zur Verwirklichung der Europäischen Union zukommt.

Fragen aus dem Zuständigkeitsbereich der Europäischen Gemeinschaften werden nach den Bestimmungen und Verfahren geregelt, die in oder gemäß den Verträgen von Paris und Rom und den sie ergänzende Übereinkünfte festgelegt sind. Bei Fragen aus dem Bereich der Politischen Zusammenarbeit werden die in den Berichten von Luxemburg (1970), Kopenhagen (1973) und London (1981) vereinbarten Verfahren sowie ggf. weitere zu vereinbarende Verfahren angewandt.

#### 2.1. DER EUROPÄISCHE RAT

2.1.1 Im Europäischen Rat kommen die Staats- und Regierungschefs und der Präsident der Kommission zusammen, die von den Außenministern der Mitgliedstaaten und einem Mitglied der Kommission unterstützt werden.

2.1.2 Der Europäische Rat, der im Hinblick auf die Europäische Union handelt, - gibt dem europäischen Aufbauwerk einen allgemeinen politischen Impuls; - legt die Ansatzpunkte für die Förderung des europäischen Aufbauwerks fest und erläßt allgemeine politische Leitlinien für die Europäischen Gemeinschaften und die Europäische Politische Zusammenarbeit; - berät über Fragen der Europäischen Union unter ihren verschiedenen Aspekten und trägt dabei für deren Übereinstimmung Sorge; - eröffnet neue Tätigkeitsbereiche für die Zusammenarbeit; - bringt die gemeinsame Position in Fragen der Außenbeziehungen feierlich zum Ausdruck.

2.1.3 Wird der Europäische Rat in Angelegenheiten aus dem Zuständigkeitsbereich der Europäischen Gemeinschaften tätig, so tut er dies als Rat im Sinne der Verträge.

2.1.4 Der Europäische Rat erstattet dem Europäischen Parlament nach jeder Sitzung Bericht. Dieser Bericht wird mindestens einmal während jeder Präsidentschaft vom Präsidenten des Europäischen Rates erstattet. Der Europäische Rat legt dem Europäischen Parlament ferner jährlich einen schriftlichen Bericht über die auf dem Wege zur Europäischen Union erzielten Fortschritte vor. Bei den Aussprachen über diese Berichte wird der Europäische Rat in der Regel durch seinen Präsidenten oder durch eines seiner Mitglieder vertreten.

#### 2.2. DER RAT UND SEINE MITGLIEDER

2.2.1 Der Rat (Allgemeine Angelegenheiten) und seine Mitglieder sind für die Kohärenz und Kontinuität der für den weiteren Aufbau der Europäischen Union notwendigen Arbeiten sowie die Vorbereitung der Sitzungen des Europäischen Rates verantwortlich. Um die institutionellen Einrichtungen der Gemeinschaft und der Politischen Zusammenarbeit einander anzunähern, befaßt sich der Rat mit Angelegenheiten, für die er nach den Verträgen zuständig ist, gemäß den dort vorgesehenen Verfahren, und seine Mitglieder befassen sich gemäß den einschlägigen Verfahren auch mit allen anderen Bereichen der Europäischen Union, insbesondere Angelegenheiten der Politischen Zusammenarbeit. Die Mitgliedstaaten regeln ihre Vertretung nach Maßgabe ihrer jeweiligen verfassungsrechtlichen Bestimmungen.

2.2.2 Die Anwendung der in den Verträgen von Paris und Rom vorgesehenen Verfahren für die Beschlußfassung ist von entscheidender Bedeutung für die Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaften. Im Rat wird jede Möglichkeit zur Erleichterung der Beschlußfassung genutzt; hierzu gehört auch die Möglichkeit der Stimmenthaltung in den Fällen, in denen Einstimmigkeit erforderlich ist.

2.2.3 Um ein Europa, das im Bereich der Außenpolitik mit einer Stimme spricht und gemeinsam handelt, zielstrebig voran zu bringen, werden sich die Regierungen der Mitgliedstaaten ständig um eine größere Wirksamkeit der Politischen Zusammenarbeit bemühen und insbesondere bestrebt sein, den Entscheidungsprozeß zu erleichtern, um rascher zu gemeinsamen Positionen zu gelangen. Sie haben vor kurzem mit dem Londoner Bericht vom 13. Oktober 1981 neue Vereinbarungen getroffen. Diesen Weg werden sie im Lichte der bisherigen Erfahrungen weiter verfolgen, und zwar insbesondere durch - die Stärkung der Befugnisse der Präsidentschaft hinsichtlich Initiative, Koordination und Ver-

treten gegenüber Drittländern; - eine angemessene stärkere operationelle Unterstützung der aufeinanderfolgenden Präsidentschaften entsprechend den wachsenden Aufgaben, die sie zu erfüllen haben.

### 2.3. DAS PARLAMENT

2.3.1 Der Versammlung der Europäischen Gemeinschaften kommt bei der Entwicklung der Europäischen Union eine wesentliche Rolle zu.

2.3.2 Das Europäische Parlament erörtert alle Fragen der Europäischen Union einschließlich der Europäischen Politischen Zusammenarbeit. Bei Angelegenheiten aus dem Bereich der Europäischen Gemeinschaften berät es gemäß den Bestimmungen und Verfahren der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und der sie ergänzenden Übereinkünfte.

2.3.3 Zusätzlich zu den in den Verträgen vorgesehenen Konsultationsverfahren beantwortet der Rat, seine Mitglieder und die Kommission entsprechend ihre Zuständigkeit - mündliche oder schriftliche Anfragen des Parlaments, - Entschlüsse zu Fragen von großer Bedeutung und allgemeiner Tragweite, zu denen das Parlament sie um Erläuterungen bittet.

2.3.4 Die Präsidentschaft wendet sich am Beginn ihrer Amtszeit in einer Ansprache an das Europäische Parlament und legt ihr Programm dar. Sie berichtet dem Europäischen Parlament am Ende ihrer Amtszeit über die erzielten Fortschritte. Die Präsidentschaft unterrichtet das Europäische Parlament über dessen Politischen Ausschuss regelmäßig über die im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit behandelten außenpolitischen Themen. Die Präsidentschaft erstattet dem Europäischen Parlament einmal jährlich auf einer Plenarsitzung Bericht über die Fortschritte im Bereich der Politischen Zusammenarbeit.

2.3.5 Vor der Ernennung des Präsidenten der Kommission holt der Präsident der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten die Stellungnahme des Erweiterten Präsidiums des Europäischen Parlaments ein. Nach der Ernennung der Mitglieder der Kommission durch die Regierungen der Mitgliedstaaten legt die Kommission dem Europäischen Parlament ihr Programm zur Debatte und Abstimmung über dieses Programm vor. (Fußnote: Vorbehalte Dänemarks. Vergleiche griechische Erklärungen im Protokoll zu 2.2.2 und 2.2.3)

2.3.6 Der Rat wird mit dem Europäischen Parlament und der Kommission Gespräche mit dem Ziel aufnehmen, das in der gemeinsamen Erklärung vom 4. März 1975 vorgesehene Konzertierungsverfahren im Rahmen einer neuen Vereinbarung zu verbessern und den Anwendungsbereich zu erweitern. (Fußnote: Vorbehalte Dänemarks. Vergleiche griechische Erklärungen im Protokoll zu 2.2.2 und 2.2.3)

2.3.7 Zusätzlich zu den in den Verträgen vorgesehenen Konsultationen hinsichtlich bestimmter internationaler Übereinkünfte wird die Stellungnahme des Europäischen Parlaments vor - dem Abschluß anderer bedeutender internationaler Übereinkünfte durch die Gemeinschaft, - dem Beitritt eines Staates zur Europäischen Gemeinschaft eingeholt. Die bestehenden Verfahren zur vertraulichen und inoffiziellen Unterrichtung des Europäischen Parlaments über den Stand der Verhandlungen werden unter Berücksichtigung der Dringlichkeitsanforderungen auf alle von den Gemeinschaften geschlossenen internationalen Übereinkünfte von Bedeutung ausgedehnt.

## 3. WIRKUNGSBEREICH: 3.1. EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFTEN

Die Staats- und Regierungschefs, die der Entwicklung der Gemeinschaftspolitik auf breiter Front neuen Antrieb verleihen wollen, heben die Bedeutung der folgenden politischen Zielsetzungen hervor:

3.1.1 Eine wirtschaftliche Gesamtstrategie in der Gemeinschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Inflation und Förderung der Konvergenz des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes der Mitglied-

staaten. (...) (Fußnote: Vorbehalte Dänemarks. Vergleiche griechische Erklärungen im Protokoll zu 2.2.2 und 2.2.3).

3.1.2 Größere wirtschaftliche Disziplin und eine wirksamere Koordinierung der einzelstaatlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die zur Verwirklichung der Gesamtziele der Gemeinschaft erforderlich sind, um sicherzustellen, daß die wichtigsten wirtschaftlichen und sektoralen Ziele der Mitgliedstaaten mit der Erhaltung und Stärkung der Gemeinschaft und mit dem Ziel der Konsolidierung des Europäischen Währungssystems im Einklang stehen.

3.1.3 Stärkung des Europäischen Währungssystems, das ein entscheidender Faktor für Fortschritte auf dem Wege zur Wirtschafts- und Währungsunion und der Schaffung eines Europäischen Währungsfonds ist und damit zur Konsolidierung einer Zone währungspolitischer Stabilität in Europa und zur Schaffung eines stabileren internationalen wirtschaftlichen Umfelds beiträgt.

3.1.4 Bestimmung von Gemeinschaftsinstrumenten und -mechanismen, die ein Vorgehen ermöglichen, das der Lage und den besonderen Bedürfnissen der weniger wohlhabenden Mitgliedstaaten angepaßt ist und eine Lösung ihrer Strukturprobleme anstrebt, mit der die harmonische Entwicklung der Gemeinschaft sichergestellt ist.

3.1.5 Angesichts der Bedeutung der Außenbeziehungen der Gemeinschaft die Stärkung der gemeinsamen Handelspolitik und die Entwicklung ihrer Außenwirtschaftspolitik auf der Grundlage gemeinsamer Positionen; die Gemeinschaft wird damit ihrer besonderen Verantwortung als wichtigster Partner im Welthandel und ihrem Eintreten für ein freies und offenes Handelssystem konkreten Ausdruck verleihen. (...)

3.1.6 Vollständige Verwirklichung des Binnenmarktes im Einklang mit den Verträgen, insbesondere die Beseitigung der noch bestehenden Hindernisse für den freien Waren-, Kapital und Dienstleistungsverkehr sowie der weitere Ausbau einer gemeinsamen Verkehrspolitik.

3.1.7 Weiterentwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik im Einklang mit der Politik in anderen Bereichen unter Wahrung ihrer im Vertrag festgelegten Ziele und der Grundsätze des einheitlichen Marktes, der Gemeinschaftspräferenz und der finanziellen Solidarität sowie unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der Sicherung eines angemessenen Lebensstandards für die Landwirte und der Erzielung eines besseren Marktgleichgewichts in bestimmten Sektoren. Die Probleme weniger begünstigter landwirtschaftlicher Regionen, einschließlich bestimmter Mittelmeerregionen, deren Entwicklung weitgehend von der Landwirtschaft abhängt, verdienen besondere Aufmerksamkeit.

3.1.8 Entwicklung einer Industriestrategie auf Gemeinschaftsebene, um die Industrie zu stärken, sie wettbewerbsfähig zu machen und produktive Arbeitsplätze in Europa zu schaffen, insbesondere durch Investitions- und Innovationsförderung. (...)

### 3.2 AUSSENPOLITIK

Zur Bewältigung der wachsenden Probleme der internationalen Politik ist die notwendige Stärkung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit insbesondere durch folgende Maßnahmen sicherzustellen:

- eine Vertiefung der Konsultationen, um rechtzeitig ein gemeinsames Handeln in allen wichtigen außenpolitischen Fragen, die für die Zehn als Ganzes von Interesse sind, zu ermöglichen;

- die vorherige Konsultation der anderen Mitgliedstaaten vor der Festlegung endgültiger Positionen in diesen Fragen. Die Staats- und Regierungschefs unterstreichen ihre Verpflichtung, daß jeder Mitgliedstaat die Positionen seiner Partner voll berücksichtigt und der Annahme gemeinsamer europäischer Positionen und ihrer Verwirklichung gebührende Bedeutung beimessen wird, wenn er nationale Positionen ausarbeitet und auf nationaler Ebene vorgeht;

- die Entwicklung und Erweiterung der

Praxis der Definition und Konsolidierung der Auffassungen der Zehn in der Form gemeinsamer Positionen, die dann ein zentraler Bezugspunkt für die Politik der Mitgliedstaaten sind;

- die schrittweise Entwicklung und Definition gemeinsamer Grundsätze und Ziele sowie die Feststellung gemeinsamer Interessen, um die Möglichkeiten für ein gemeinsames Vorgehen im Bereich der Außenpolitik zu erweitern;

- die Koordinierung der Positionen der Mitgliedstaaten zu den politischen und wirtschaftlichen Aspekten der Sicherheit;

- vermehrte Kontakte mit Drittländern, um das Gewicht der Zehn als Gesprächspartner im Bereich der Außenpolitik zu stärken;

- eine engere Zusammenarbeit der Vertretungen der Zehn in Drittländern auf diplomatischer und administrativer Ebene;

- das Bemühen um gemeinsame Positionen bei wichtigen internationalen Konferenzen, an denen einer oder mehrere der Zehn teilnehmen und deren Tagesordnung Fragen enthält, die im Rahmen der Politischen Zusammenarbeit behandelt werden;

- eine stärkere Berücksichtigung des Beitrags, den das Europäische Parlament zur Erarbeitung einer koordinierten Außenpolitik der Zehn leistet.

### 3.3 DIE KULTURELLE ZUSAMMENARBEIT

In Ergänzung der Maßnahmen der Gemeinschaft und unter Hinweis darauf, daß sie angesichts der Mitgliedschaft ihrer Staaten im Europarat dessen kulturelle Tätigkeiten auch künftig entschlossen unterstützen und an ihnen teilnehmen werden, kommen die Staats- und Regierungschefs überein, unter Berücksichtigung der jeweiligen verfassungsrechtlichen Bestimmungen folgendes zu fördern, anzulegen oder zu erleichtern:

- 3 -
- die Entwicklung der Tätigkeiten der Europäischen Stiftung und des Europäischen Hochschulinstituts in Florenz;
  - eine engere Zusammenarbeit zwischen den Hochschuleinrichtungen einschließlich des Austauschs von Lehrkräften und Studierenden;
  - die Intensivierung des Erfahrungsaustausches, insbesondere unter der Jugend, und den Ausbau des Unterrichts in den Sprachen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft;
  - eine Verbesserung der Kenntnisse über die anderen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und eine bessere Unterrichtung über die Geschichte und Kultur Europas im Hinblick auf die Förderung eines europäischen Bewußtseins;
  - die Prüfung der Zweckmäßigkeit einer gemeinsamen Aktion, um das kulturelle Erbe zu schützen, zur Geltung zu bringen und zu wahren;

---

#### 4. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

---

4.1 Die Staats- und Regierungschefs heben hervor, daß zwischen der Zugehörigkeit zu den Europäischen Gemeinschaften und der Teilnahme an den oben beschriebenen Tätigkeiten ein Zusammenhang besteht.

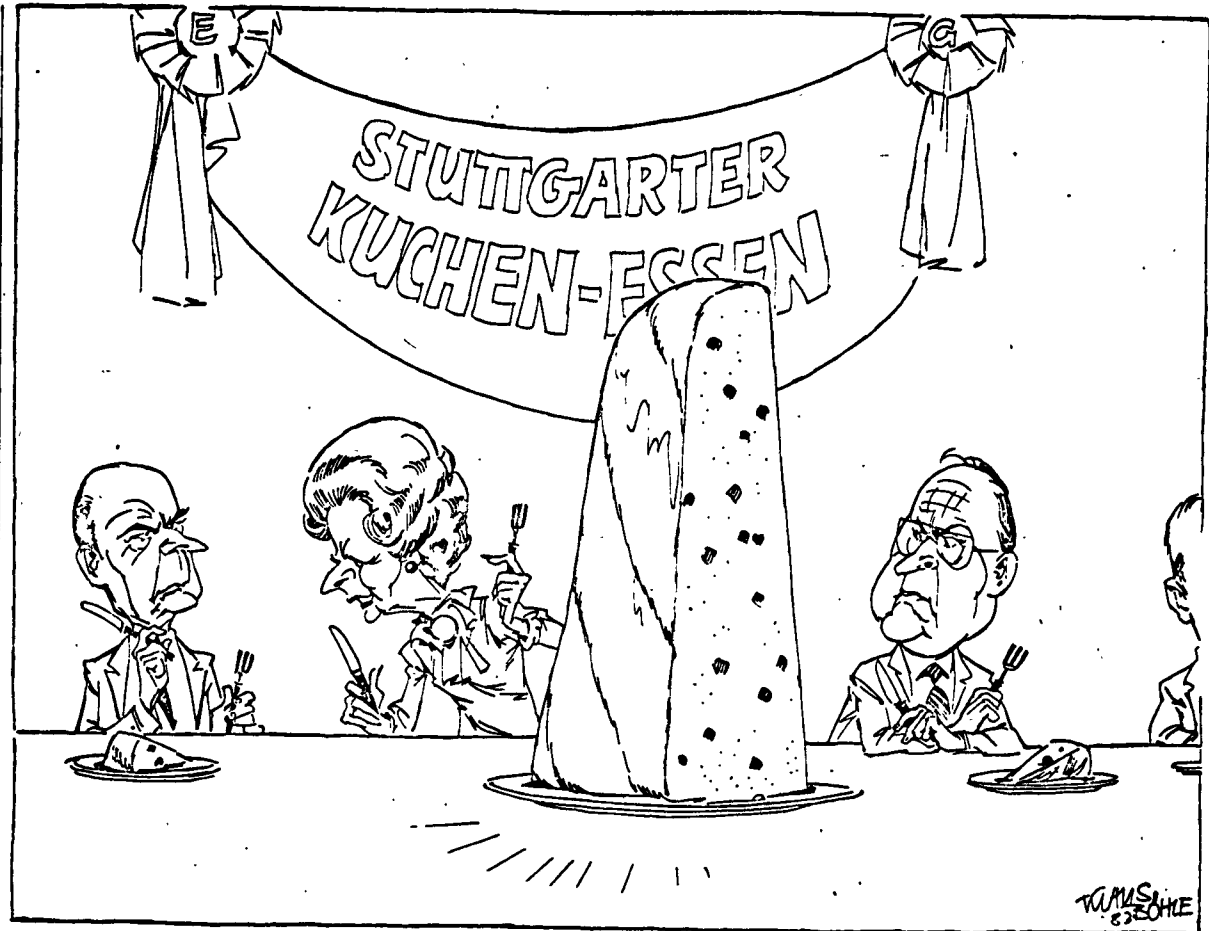
4.2 Die Verwirklichung der Europäischen Union vollzieht sich durch die Vertiefung und Erweiterung des Bereichs europäischer Tätigkeiten, so daß diese sich zusammenhängend, wenn auch auf unterschiedlichen Rechtsgrundlagen, auf einen immer größeren Teil der Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und ihrer Außenbeziehungen erstrecken.

4.3 Die Staats- und Regierungschefs werden diese Deklaration einer allgemeinen Überprüfung unterziehen, sobald die erreichten Fortschritte auf dem Wege zur europäischen Einigung dies rechtfertigen, spätestens jedoch fünf Jahre nach Unterzeichnung der Deklaration. Im Lichte der Ergebnisse dieser Überprüfung werden sie entscheiden, ob die erzielten Fortschritte in einen Vertrag über die Europäische Union eingebracht werden sollen. Hierzu wird das Europäische Parlament um Stellungnahme ersucht. (Fußnote: Vorbehalte Dänemarks. Vergleiche griechische Erklärungen im Protokoll zu 2.2.2 und 2.2.3).

# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Datum: 20. VI. 1988 Seite: 2



„Eine halbe Portion genügt mir!“

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

## Stuttgarter EG-Gipfel

# Die letzte Chance

Von CARL A. EHRHARDT

Es war nicht nur die Fehlleistung eines flotten Rundfunkreporters, die den Geist de Gaulles bei diesem 26. EG-Gipfeltreffen in Stuttgart wachrief. Bei der Ankündigung der Ankunft des Staatspräsidenten unterließ ihm der Versprecher, als letzter erst werde Staatspräsident de Gaulle eintreffen. Er hatte zuvor erklärt, daß Präsident Mitterrand die Gipfelkonferenz einen Tag früher verlassen werde, um in Paris an einem Festakt zum Gedenken an die Rundfunkansprache teilzunehmen, mit der Charles de Gaulle am 18. Juni 1940 die Franzosen von London aus zum Widerstand aufgefordert hatte.

Von französisch-britischer „Entente Cordiale“ war bei diesem EG-Gipfeltreffen in Stuttgart nicht die Rede. Das Gegenteil wurde exerziert. Immer wieder ballten sich schwarze Wolken zusammen, wenn im Kreis der Regierungschefs und Außenminister der 10 europäischen Länder Briten und Franzosen aneinander gerieten. Vordergründig ging es um Zahlen, die Synonyme für Summen, Daten und Prinzipien sind. Im Hintergrund aber standen elementare Unterschiede beim Europa- und Integrationsverständnis.

Wahren alle anderen einschließlich des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand wenigstens noch ein europäisches Gesicht, indem sie eigene Interessen als europäische ausgeben, so gibt die britische Premierministerin Margaret Thatcher in harter Sprache am Konferenztisch kühl und unzweideutig zu erkennen, was sie von europapolitischen Visionen hält, nämlich gar nichts.

Die Worte, mit denen der damalige französische Präsident de Gaulle den Briten im Januar 1963 den in seinen

Augen für die europäische Integration damals nicht reifen Briten den Eintritt in die EG verwehrte, erhielten durch das Verhalten der „eisernen Lady“ aus London jetzt fast eine nachträgliche Rechtfertigung. De Gaulle ließ grüßen.

Viel Geduld und Umsicht wurden Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher in Stuttgart abverlangt, um wenn schon nicht als Schiedsrichter mit gelber und roter Karte so wenigstens als Schlichter ein Scheitern zu verhindern.

Es ging um mehr als nur das Risiko, ein Platzen dieser Konferenz unter deutschem Vorsitz auf deutschem Boden zu vermeiden. Die Kontroversen um Finanzen und Finanzierbarkeit, Eigeninteresse an der Ausgestaltung der Integration und zu hoch gespannte Erwartungen drohten in einem Dissens zu enden. Für die Wirtschaft und die Hoffnung auf einen Wiederaufschwung hätte da zu einem Schock mit unabsehbaren Folgen führen müssen.

Das Ergebnis der Konferenz, so mager es auch erscheinen mag, weist nach vorn. Vieles, was man sich zur Straffung, effizienteren Ausgestaltung und besseren Glaubwürdigkeit des Integrationsprozesses abermals vorgenommen hat, ist jetzt in konkret formulierte Aufträge gegossen worden.

Viel Engagement, Phantasie und Kooperationsbereitschaft wird in den nächsten Wochen und Monaten von den 10 Regierungen und der EG-Kommission verlangt, um für die Weiterentwicklung der Gemeinschaft bis zum Ende dieses Jahrzehnts eine tragfähige Grundlage zu schaffen, wie es in dem Stuttgarter Auftrag heißt. Er gibt noch einmal eine Chance, sich auch vom Geist de Gaulles zu lösen.



# Viele Haken und Ösen in den Stuttgarter Vereinbarungen

Beim Gipfel wurde der Konfliktstoff verschoben – Belanglose Texte zur Arbeitslosigkeit und zum Waldsterben / Von Uwe Vorkötter

Sein erstes Nachspiel wird das Stuttgarter Gipfeltreffen bereits am heutigen Dienstag haben. Die in Luxemburg versammelten Wirtschaftsminister der Europäischen Gemeinschaft sollen der Abschlusserklärung zufolge „möglichst viele noch offene Binnenmarktprobleme und die ebenso wichtige Frage der Verstärkung der handelspolitischen Instrumente lösen“. Und wenn die Wirtschaftsminister die ihnen von höchster Stelle auferlegten Hausaufgaben ernst nehmen, müssen sie sich auch noch über die Zukunft der europäischen Stahlpolitik und vor allem über die Verlängerung des Brüsseler „Krisenkartells“ einigen, das Ende Juni ausläuft.

Diese Passagen aus den amtlichen „Schlußfolgerungen“ des Stuttgarter Gipfels sind zweifellos das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben sind. Sie spiegeln allein die Tatsache wider, daß die Staats- und Regierungschefs sich mit einer ganzen Reihe von Themen, die eigentlich im Neuen Schloß intensiv besprochen werden sollten, aus Zeitgründen gar nicht beschäftigen konnten. Neben den handelspolitischen Fragen und neben der EG-Stahlpolitik gehören dazu auch der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit und die Suche nach gemeinsamen Maßnahmen gegen das Waldsterben. Zur Jugendarbeitslosigkeit heißt es in der Abschlusserklärung, nunmehr müsse „auf der Ebene der Mitgliedstaaten eine energische Aktion eingeleitet“ werden. Die „zuständigen Stellen“ werden ersucht, die längst vorliegenden Vorschläge der Kommission über die Förderung der Beschäftigung von Jugendlichen sowie zur Verkürzung der Arbeitszeit „intensiv weiter zu prüfen“. Bereits beim Kopenhagener Gipfeltreffen vom Dezember vergangenen Jahres war beschlossen worden, diese Prüfung bis März 1983 abzuschließen, doch als

bis März nichts geregelt werden konnte, wurden die Termine bis Stuttgart verlängert. Und jetzt wird also „weitergeprüft“ bis auf unbestimmte Zeit, und zwar von den „zuständigen Stellen“, wer immer das sein mag. Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs fühlt sich für die Jugendarbeitslosigkeit offenbar nicht zuständig.

Ein ähnliches Bild beim Thema Waldsterben: Die Regierungschefs bedauern den sauren Regen, daran kann kein Zweifel bestehen. Sie halten auch „eine Beschleunigung und Verstärkung der Maßnahmen auf nationaler Ebene zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung“ für dringend geboten, doch mehr als eine unverbindliche Aufforderung an den Rat der Umweltminister, seine Arbeiten fortzusetzen und von der Kommission vorgeschlagene Initiativen „zu prüfen“, kam bei den Stuttgarter Beratungen nicht zustande.

Zu erklären, wenn auch nicht zu entschuldigen, ist das Scheitern des EG-Gipfeltreffens in allen diesen Fragen leicht: Wegen der zähen Verhandlungen über die britischen Forderungen nach einer Beitragsrückerstattung und wegen der ausführlichen und letztlich erfolgreich abgeschlossenen Diskussion über die „Stuttgarter Erklärung“ fehlte der Gipfelrunde einfach die Zeit für andere Themen. Doch auch bei den beiden Themen, die nun wirklich in aller Ausführlichkeit behandelt worden sind, sind Unklarheiten in den letztlich zustande gekommenen Vereinbarungen und damit Konfliktstoff für die kommenden Ministerräte nicht zu übersehen.

So ist nach dem Gipfel offenbar immer noch nicht so recht klar, wann Margaret Thatcher ihre 1,7 Milliarden Mark eigentlich bekommen soll. Nach französischer Lesart hängt alles davon ab, daß bis zum nächsten Gipfeltreffen am 6. Dezember in

Athen eine Vereinbarung über die langfristige Reform der EG-Finzen zustande kommt. Als unverzichtbaren Bestandteil dieser Reform sieht die Regierung in Paris nach wie vor eine Erhöhung des Brüsseler Mehrwertsteueranteils an, gegen den sich vor allem die Finanzminister in London und Bonn bisher energisch gestraut haben. In der Erklärung des Europäischen Rates ist in diesem Zusammenhang recht unverbindlich von der „Berücksichtigung eines zusätzlichen Finanzbedarfs, der sich aus dem Beitritt Spaniens und Portugals ergeben würde“, die Rede, wobei „alle Möglichkeiten für Einsparungen auszuschöpfen sind“. Der neu geschaffene „Feuerwehr-Rat“ der Außen- und Finanzminister wird in den nächsten Monaten ausführlich darüber streiten können, wie groß die Möglichkeiten für solche Einsparungen sind, denn schließlich sollen andererseits „die Grundprinzipien der gemeinsamen Agrarpolitik respektiert“ werden. Auch die Liste der möglichen Sparbereiche – von der Preispolitik über eine Einschränkung der den Bauern gewährten Abnahmegarantien bis hin zur „Außenwirtschaftspolitik im Agrarbereich“ – enthält bis jetzt nicht mehr als eine Aufzählung der bekannten und nicht miteinander zu vereinbarenden Forderungen der „Sparländer“ auf der einen und der „Ausgabenländer“ auf der anderen Seite. Nicht gelungen ist es den Staats- und Regierungschefs jedenfalls, die Forderung des EG-Kommissionspräsidenten Gaston Thorn zu erfüllen, der vom Europäischen Rat klare politische Vorgaben für die zukünftige Gestaltung der Agrarpolitik und für das Ausmaß der Sparmaßnahmen verlangt hatte.

Am wenigsten unklar sind in den turbulenten Stuttgarter Verhandlungstagen und -nächten noch die Formulierungen der

„feierlichen Erklärung“ geblieben. Zwar war von Anfang an klar, daß eine einvernehmliche Rückkehr zum Prinzip der Mehrheitsabstimmung im Ministerrat nicht möglich war, doch immerhin wird der Anwendung der in den Verträgen von Paris und Rom vorgesehenen Beschlußverfahren – in der Regel die Mehrheitsabstimmung – eine „entscheidende Bedeutung für die Handlungsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft“ zugemessen. Der Haken an dieser Formulierung ist nur, daß gleich mehrere Länder in „Protokollerklärungen“ hinzufügen, daß sie auch in Zukunft für Fragen, die ihrer Meinung nach ein vitales nationales Interesse berühren, auf dem Einstimmigkeitsprinzip bestehen und sich damit die Möglichkeit einer Entscheidungsblockade vorbehalten.

Nicht durchsetzbar war in der feierlichen Erklärung die Absicht der deutschen und der italienischen Erklärung, die Ernennung der EG-Kommissare an eine Vertrauensabstimmung im Europäischen Parlament zu binden. Immerhin aber muß das Programm der Kommission den Abgeordneten zur Abstimmung vorgelegt werden. Und zu den wenigen Rechten des Parlamentes gehört heute schon die Möglichkeit, der Kommission das Mißtrauen auszusprechen und sie damit abzusetzen. Auch was die Weiterentwicklung einer gemeinsamen oder wenigstens koordinierten EG-Außenpolitik angeht, sind die Auswirkungen der „Stuttgarter Erklärung“ bisher noch nicht abzusehen. Erst in den kommenden Monaten und Jahren wird sich zeigen, ob das Dokument bei konkreten Anlässen beachtet und so mit Leben erfüllt oder ob es in den Regalen der Archive verstauben wird wie so viele europäische Dokumente.

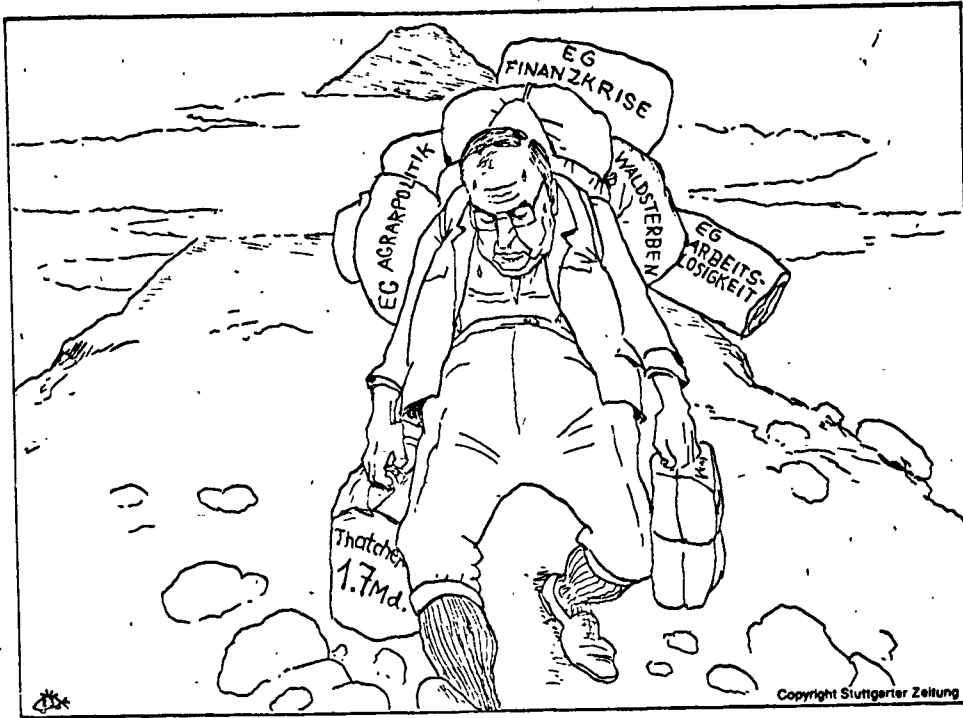
21-6-83

STUTTGARTER  
ZEITUNG

# STUTTGARTER ZEITUNG

Datum : 22. VI. 1983

Seite : 1



Gipfel-Souvenirs

21. VI. 1983

# THE GUARDIAN

## Descent from Community spirit to self-interest

page: 17.

DEREK BROWN reports from Edam where the European Parliament's president analysed the disaster of the Stuttgart summit

MRS Thatcher called it a good weekend's work. Mr Piet Dankert calls it a disaster. But then the Prime Minister was at the time, so to speak, stuffing £450 million into her luggage to carry back from Stuttgart, while Mr Dankert, president of the European Parliament, got nothing.

The representative of the only accountable European institution was not present at Stuttgart. He is a man who actually believes in all the brave words from that place about the relaunch of the Community, budget reform, and the commitment to European unity. His only reservation is that he doesn't think any of it has been helped by the summit.

"Stuttgart in general was a disaster," he said yesterday. "As far as the Community is concerned there has been not the slightest progress. In fact if you look at some parts of the final declaration it looks as if things are going backwards."

The British rebate is a prime example of what Mr Dankert fears has become an unstoppable descent from Community spirit into national self-interest.

"When Mrs Thatcher started out in Dublin to reclaim payments it was condemned as anti-Communitaire and unacceptable. She was isolated then, but now everyone thinks it is quite normal to look at the budget in terms of what their own state is getting out of it," he said.

The logical outcome of that mentality, he believes, will inevitably shatter the economic Community. If rich countries don't pay up poor ones will go to the wall — or defend themselves as best they can. In other words, Ireland, Greece, and the others will simply close their markets to the products of the prosperous European North and centre, and the Common Market will cease to exist.

Meanwhile, the political paralysis of the Community

— underlined rather than concealed by the windy emptiness of Sunday's "solemn declaration" on European unity — is developing into something of a crisis for the Parliament which is supposed to provide the democratic element in the labyrinth of Euro institutions.

In reality it does nothing of the sort. Power in Europe lies not with MEPs nor with the Eurocrats of the Commission; nor even, Mr Dankert believes, with the national governments. It lies rather with the least known of the institutions: the committee of permanent representatives in Brussels, known by its French acronym COREPER.

Mr Dankert describes the diplomats of Coreper and the national finance ministries as the "fourth power" in Europe. The Community, he said in a recent speech, is being governed by national officials with no political responsibility.

Ministers and Secretaries of State, obsessed as they are

in times of economic recession by domestic political problems, are briefed by the mandarins of their national ministries as they travel to the negotiations in Brussels in their aeroplanes or official cars," he said.

June 1984 will see the second direct elections to the peripatetic and virtually powerless European Parliament. In 1979, voters who had never heard of Coreper understood very well that a Parliament sitting in Strasbourg, with a secretariat in Luxembourg, and committee meetings in Brussels, had very little to do with their lives. The turnout Europe-wide was around 67 per cent; in Britain it was 37 per cent.

Next time round, the parliament is desperately anxious to prove its value to the electorate. The options are limited: the only two real powers it has are to sack the non-elected Commission, and to throw out the Community budget.

There is not a great deal

of point in the first sanction, but there could be an enormous amount. Mr Dankert believes, in the second.

He is weepily frustrated — and the majority of MEPs share that frustration — that none of the endless debates at ministerial level look like increasing the Community's revenue to the point where the Commission could transform European policy and ideals into action. Instead, the accent is on cost-cutting — no bad thing in the agricultural sector — but catastrophic for any chance of wider community action.

And if there is no money to spend, Parliament's tenuous ability to oversee that spending, is automatically negated. Even its veto on the budget is threatened by the prospect of national top-up money being used to pull the Community through its current cash crisis; money over which the Parliament will have absolutely no control.

This autumn the Stras-

bourg assembly gets two chances to express its displeasure; once in September when it debates a supplementary budget of about £1,200 million on the 1983 total; and more crucially in December when it makes its decision on the 1984 budget.

In a sense, Parliament has been presented with a political gift by Stuttgart. The council of Ministers now empowered to review the whole shambolic apparatus of European funding will present its reform proposals to the next summit in Athens on December 6. A week later Parliament will, if it chooses, be able to blow a loud raspberry at the national governments by chucking out the entire budget, British rebate and all.

It is a prospect which evidently presents a wry appeal to the mild-mannered and perpetually cheerful Mr Dankert. He is a Dutch Socialist of the Hattersley rather than the Kinnock sort, whose 20-year appetite for political

activism and belief in accountability have not been blunted by the frustrations of Strasbourg or the bureaucracies of Luxembourg and Brussels.

Speaking in his home in the delightful town of Edam close to the IJsselmeer, the representative of European democracy proclaims himself "always optimistic." Tomorrow he will fly to London on a two-day official visit to explain his fears, optimistically, to the Prime Minister and to leaders of the Opposition. He will also be meeting the Queen, and addressing a Chatham House meeting, and speaking to industrialists and trade unionists.

All of them, no doubt, will be politely chided for their lack of interest in the poor health of European democracy. "It has always surprised me," he said yesterday, "that one of the oldest democracies in the Community has shown so little concern with what's happening."

# THE TIMES

Date: 20. VI. 1983

Page: 10.



P.O. Box 7, 200 Gray's Inn Road, London WC1X 8EZ. Telephone: 01-837 1234

## SEE YOU IN ATHENS

The important question about the Stuttgart European summit, which ended yesterday, is not whether £450m is an adequate rebate on Britain's 1983 budget contribution but whether anything has actually been settled at all.

Obviously, £450m is not as good as the £650m which Mrs Thatcher was understood to be demanding, but now says she never mentioned. It was, however, as good a figure as Britain could realistically hope to get, and it was £200m better than France had been initially willing to concede. Whatever Mrs Thatcher may have said or implied beforehand about expecting more can reasonably be put down to negotiating tactics, and it would be wrong to think that in settling for £450m she has been "humiliated".

But is it certain that the £450m will actually be paid? Unfortunately it is not. The agreement is only a provisional one, and the French delegation asked that the minutes of the meeting should record France's intention to oppose payment of the rebate if there was no agreement on a long-term solution by the time of the next summit, to be held in Athens in December.

The December deadline for a long-term reform package was accepted by all, and that is the only really significant decision taken by the Stuttgart summit. The leaders of the Ten have committed themselves to solve the problem by December, but the key issues involved have yet to be tackled. In particular, Britain has not agreed that the Community's "own resources", at present limited to the equivalent of a one per cent value added tax on all transactions within the Community, will

have to be increased; and a number of other countries, led by France, have not agreed that spending on agriculture will have to be cut.

All that has been agreed is that agricultural spending is one of the areas that need to be looked at in the course of the general financial review, possibly at one or more specially convened meetings of agricultural, finance and foreign ministers.

Another such area is the need to finance new Community policies outside agriculture, for instance regional development and energy. Such policies are keenly desired by most of the poorer members of the Community as a way of getting more money out of it. They are also seen as a carrot dangled in front of the British. Britain should agree to an increase in "own resources", it is argued, because this would permit the adoption of such new policies, from which - unlike the common agricultural policy - Britain could expect to be a net beneficiary. Mrs Thatcher has so far proved impervious to this blandishment. If spending on agriculture were cut to a reasonable level, she says, it would be perfectly possible to achieve a balance of policies within the existing resources. True enough, but - given the political weight of farm lobbies in so many member-states - what would be economically reasonable is unlikely to prove politically realistic.

The third area to be examined is the cost of the proposed enlargement of the Community to include Spain and Portugal. Hitherto Britain has insisted that this too can be accommodated within the present resources, but it appears that that argument was not pressed with the same vigour at Stuttgart. Britain will

fight, between and now and December, to impose some limits on agricultural spending. The fight will be a very hard one, and Mrs Thatcher is certainly right not to have surrendered in advance her strongest negotiating card, namely agreement to an increase in own resources. But it is quite clear that, as part of an overall long-term bargain, this card will have to be played; and the prospect of enlargement, bringing in two relatively poor countries which will make substantial net demands on the budget, will provide a politically more acceptable context in which to play it.

The rough shape of the long-term package can thus be discerned. Britain will have to concede an increase in own resources, as the price of a fairer distribution of those resources. France will have to agree to speeding up enlargement, because the raising of the financial limits will be made conditional upon it. The main argument will be over the cost of the CAP, especially as France and Italy will want *more* money spent on Mediterranean products to protect them from the adverse consequences of Spanish and Portuguese competition. In this argument, Germany should be on Britain's side but Greece, which now takes over the chair, has an obvious interest in taking France's.

For all that, according to normal Community reckoning, there are only three working months left, since nothing is allowed to happen in July or August. To give itself a sporting chance of avoiding a much more serious crisis in December, the Community would be well advised to make this year an exception.

# EEC WARNED OF 'HARD POUNDING'

## Thatcher says tax plan is 'kaput'

By ALAN OSBORN

Common Market Correspondent, in Stuttgart

THE Common Market summit ended yesterday with Britain winning a £450 million rebate of contributions and agreement that a financial "relaunch" of the EEC is necessary—a task which Mrs Thatcher says will take "a lot of hard pounding."

The rebate is far less than the sum Britain had sought, but as Mrs Thatcher pointed out: "We had no legal entitlement to anything this year."

The Prime Minister has given nothing away on future financing of the Community to secure the rebate and flatly rejected proposals for raising new funds by increases in VAT contributions of member states.

"They are kaput," she said.

Her comment was a reply to suggestions that other member countries would seek a commitment by Britain to increased EEC resources before agreeing to the 1983 rebate.

Paragraphs in the summit communique which had referred to the need for new money and an increase in VAT contributions were deleted on the Prime Minister's instructions.

### Target date

The main conclusion of the summit is that a "re-launch" of the Common Market is necessary.

The target date is December 6, when the EEC Heads of Government will meet in Athens.

Before then there will be a series of special meetings of foreign and finance ministers.

Their object will be to cut back EEC agricultural spending, which is the central problem of the Community.

About three quarters of the EEC budget of some £15 billion goes to farmers, and all the distortions in the Budget—including the disproportionate British contribution—arise from it.

The Stuttgart summit has formalised the assault on agriculture as the main beneficiary of EEC revenue.

The new financing pattern to be established over the next six months will change the character of the EEC and could mean a permanent solution to the British EEC budget problem.

But, as Mrs Thatcher said yesterday: "There is a lot of hard pounding ahead."

### 'Game of bluff'

In the negotiations on Britain's rebate demand the Prime Minister had played a "game of bluff" with other leaders, said an EEC official last night.

"She stared at them, and they blinked first," he added.

Britain had been seeking a refund of some £800 million for 1983.

The amount was reduced to £450 million because of over-payments in 1980 and 1981.

France said that because of this the rebate to Britain in 1983 should be no more than £250 million.

The agreed compromise figure is one clearly acceptable to Mrs Thatcher.

She said that over the four years of 1980-3 Britain had secured a rebate in aggregate of two-thirds of its net contribution to the EEC budget.

Nevertheless the fact is that in agreeing to a repayment of only 38 per cent. of the contribution in 1983 the Government has accepted the claim that Britain was over-paid in earlier years.

### 'Good weekend'

Mrs Thatcher said she had come to the summit meeting "expecting nothing."

She noted that other countries had said they were not even ready to talk about figures for the British repayment and claimed that the agreement on the figure, without any conditions, was a gain.

"It has been a good weekend's work for Britain and the Community," she said.

The EEC's president, M. Gaston Thorn said of Mrs Thatcher at the end of the three-day meeting: "She is a lady who knows what she wants, and usually gets it."

He said on Channel 4's Face the Press programme that the summit "came very close to breaking down" over Mrs Thatcher's rebate demand.

# Fair for Britain, Maggie declares

MRS THATCHER flew back from the Stuttgart summit last night convinced she had won a victory in Europe as decisive as her election triumph at home.

It had been 'very hard pounding but we bashed on'.

And, in her view, it ensured that from now on Britain will get a fair deal in the Common Market on budget contributions.

'It was a good weekend's work,' she said.

After two nights of tough negotiations, going on well after midnight, when she was often outnumbered 9-1, the Prime Minister believed that the long-term gains were enormous with a commitment to provide that the Market finances were based in future on sound money policies.

That means curbing spending on agriculture and producing a balanced budget

From JOHN DICKIE  
in Stuttgart

instead of the present financing which allocates almost 70 per cent of the revenue to farm spending.

But the price Mrs Thatcher paid was a drastic cut in the immediate budget rebate for Britain. Instead of the expected £800 million back from a net contribution estimated at £1,200 million, Britain's budget refund will be only £450 million.

## Offered

Her critics emphasise that it is a mere 37.6 per cent. She counters by looking over the rebates of the last four years and pointing to the total refund of £2,500 million, equal to an average of a 65.4 per cent. rebate a year.

Mrs Thatcher insisted that when she arrived in Stuttgart 'there wasn't even a single pound on the table'.

She said: 'All I read in the Press was "Maggie plans to withhold payments" because they did not think I was

going to get anything. And neither did I. When I came to this European Council I did not think we were going to be offered any remotely acceptable figures or indeed any figures at all.'

Mrs Thatcher feels the significant achievement from the summit is the new basis planned for financing the EEC.

'Twice she was cornered with demands from the others to agree to an increase in the Market funds by raising member States' payments from 1 per cent. of VAT takings. A minimum of 1.4 per cent. was proposed.

Mrs Thatcher was faced with documents planning to commit Britain to accept 'decisions on the extent and timing of an increase in the EEC's own resources.'

Another paragraph talked about any increase taking the form of 'a new ceiling' for VAT payments.

But they counted without the 'firm determination of Mrs Thatcher not to allow the Market to get a signal from the summit for a new spending spree.

She said: 'Both those paragraphs are gone—kaput.'



## La rencontre de Stuttgart

### Les Dix se donnent six mois pour accroître les ressources de la Communauté

Le conseil européen, réuni du 17 au 19 juin à Stuttgart, s'est conclu par un accord sur la compensation budgétaire accordée au Royaume-Uni. Celle-ci a été fixée à 750 millions d'ECU, qui seront inscrits au budget de 1984. Les chefs d'État et de gouvernement se sont donné jusqu'au prochain sommet — qui aura lieu le 6 décembre à Athènes — pour mettre au point une réforme visant à accroître les ressources de la Communauté.

Le conseil a adopté une « déclaration solennelle sur l'Union européenne » tendant à renforcer la coopération politique entre les Dix.

#### De notre envoyé spécial

Stuttgart. — Les Dix vont engager une dure et ample négociation sur l'avenir de la Communauté. Ces résultats seront soumis au conseil européen d'Athènes le 6 décembre, qui prendra les décisions. Six mois cruciaux vont ainsi s'ouvrir pour l'Europe. Pour entreprendre cette « action d'envergure », les chefs d'État et de gouvernement des Dix, réunis les 17, 18 et 19 juin à Stuttgart, ont choisi de faire appel à une « procédure d'urgence particulière » : plusieurs sessions spéciales des ministres des affaires étrangères et des ministres des finances, auxquels pourront se joindre, notamment, les ministres de l'agriculture, seront convoquées.

Le point central de cette négociation portera sur les modalités d'une augmentation des ressources financières de la C.E.E. Compte tenu de la progression des dépenses, elles sont pratiquement épuisées. Soucieux d'éviter les gaspillages, les Dix devront, paraît-il, déterminer si les politiques communes actuelles, au premier rang desquelles la politique agricole (PAC), peuvent être modernisées, rendues plus efficaces et aussi moins coûteuses. Par ailleurs, les chefs d'État et de gouver-

nement ont pris la décision de principe — à confirmer à Athènes comme le reste — d'accorder au Royaume-Uni une compensation de 750 millions d'ECU (1 ECU = 6,80 F environ) pour alléger sa « contribution nette » au budget européen en 1983. Tels sont les principaux résultats du conseil européen de Stuttgart.

Les Dix sont donc parvenus à éviter l'échec, et même, ce qui aurait été presque aussi grave qu'un éclat, à échapper à la confusion. L'avenir de la Communauté demeure incertain, mais il est désormais ordonné. On peut prétendre que, pour la première fois depuis longtemps, des perspectives intéressantes se profilent à un horizon relativement proche.

Qui l'a emporté ? M<sup>me</sup> Thatcher, qui entendait se voir confirmer l'assurance d'obtenir en 1983, pour la quatrième année consécutive, une réduction de la contribution budgétaire britannique, mais considérait avec la plus vive réticence l'idée d'une augmentation des ressources de la C.E.E. ?

Ou les autres chefs de gouvernement, au contraire favorables — même si, dans le cas de la R.F.A., c'est sans enthousiasme — à une telle augmentation ? Le compromis auquel on est parvenu est trop complexe pour qu'on puisse donner une réponse tranchée. On peut prétendre, cependant, que les engagements, écrits ou informels mais toujours politiques, qui ont été pris au long de cette importante session laissent peu de place aux dérobades, aux retournements ou aux subterfuges.

« Tout est lié, tout se retrouvera sur la table à Athènes en décembre », a commenté M. Mauroy à l'issue de la réunion (le premier ministre avait relayé, samedi après-midi, le président de la République qui rentrait à Paris pour participer aux cérémonies du 18 juin).

#### L'insistance de... Kohl

Un des dossiers ouverts à Stuttgart se présentait sous un jour particulier : celui de la réduction de la contribution britannique en 1983. M<sup>me</sup> Thatcher, se référant aux promesses faites par le conseil européen de mars dernier, réclamait sinon une décision, du moins un engagement aussi précis que possible. Mais, contrairement à ses partenaires, elle estimait en revanche qu'il n'y avait aucune urgence à arrêter des orientations sur un éventuel accroissement des ressources de la Communauté.

Le chancelier Kohl, soucieux de débloquer la situation, a vivement insisté auprès de ses collègues pour qu'au moins en partie satisfaction soit donnée à M<sup>me</sup> Thatcher. Les autres États membres l'ont suivi, et il a été entendu de fixer à 750 millions d'ECU la compensation qui sera accordée au Royaume-Uni au titre de l'année 1983. Ces 750 millions seront inscrits dans le projet de budget de la Communauté pour l'année 1984, qui sera examiné par le conseil des ministres en juillet prochain.

Quelle est la portée du point ainsi marqué par le premier ministre britannique ? S'agissant du montant, on peut noter, comme l'a fait M. Mauroy, qu'il est inférieur à ceux décidés en 1980 (1,175 milliard d'ECU), 1981 (1,4 milliard d'ECU) et 1982 (850 millions d'ECU). Mais on peut faire valoir aussi qu'il aurait été sensiblement plus élevé si l'on n'avait pas partiellement tenu compte du « trop perçu » en 1980 (la compensation avait été établie en prenant comme base de calcul une contribution nette britannique supérieure à ce qu'elle fut en réalité).

On peut prétendre, de la sorte, que la volonté du conseil est d'assurer au Royaume-Uni un remboursement égal, *grosso modo*, aux deux tiers de sa contribution nette. C'est un raisonnement que récuse formellement M. Mauroy, qui parle de compensation forfaitaire, mais que tiennent en revanche les Britanniques, en pensant bien sûr à l'avenir, c'est-à-dire à la compensation qu'ils réclameront au titre de l'exercice 1984 si d'ici là une « solution durable » destinée à corriger les déséquilibres à l'intérieur du budget européen n'a pas été trouvée...

#### Précisions françaises au procès-verbal

M. Mauroy a fait préciser au procès-verbal de la réunion que l'engagement d'octroyer cette compensation de 750 millions d'ECU ne sera confirmé que si les autres décisions, en particulier au sujet du financement futur de la C.E.E., sont également arrêtées à Athènes. « C'est une précaution à laquelle plusieurs chefs de délégation, et en particulier le chancelier Kohl, ont souscrit », a commenté le premier ministre. Qu'en penser ? Il est clair qu'il sera difficile de revenir en arrière, de reprendre le chèque promis à M<sup>me</sup> Thatcher. Une telle éventualité, qui supposerait un front uni des Neuf, ne serait cependant pas impossible dans le cas où le premier ministre britannique ferait une obstruction systématique à la progression des autres dossiers.

Les ressources de la C.E.E. seront-elles augmentées ? Huit États membres estiment que c'est nécessaire. La R.F.A., réticente parce que craignant une coûteuse fuite en avant, s'y est résignée. M<sup>me</sup> Thatcher a refusé de prendre le moindre engagement. La discussion sur ce point a été vive, à la limite de la rupture. Finalement, et ce n'est pas une mince victoire, le premier ministre britannique a obtenu gain de cause. La déclaration ne fait pas référence à un accroissement des ressources, mais, de façon bien ambiguë, indique que « l'envergure des ressources propres de la Communauté » devra être déterminée. Comment ne pas considérer, cependant, que les discussions du conseil européen laisseront des traces ? L'attitude très rigide prise en la matière par le premier ministre britannique lui permet de bien se placer dans la négociation à venir, mais ne lui offre assurément pas la possibilité de tout refuser impunément.

Au reste, M<sup>me</sup> Thatcher a admis que le problème existait, qu'en dépit des importantes économies qu'elle croyait possibles il ne lui échappait pas que l'élargissement de la Communauté pouvait rendre nécessaire l'accroissement des ressources de la C.E.E. Comment s'opérera cet accroissement ? Apparemment, le problème n'a pas été longuement évoqué. Il sera l'un des points de la négociation à venir. Les propositions de la Commission européenne suggérant qu'une partie des recettes soient fournies par les États membres en appliquant une « T.V.A. modulée », c'est-à-dire en faisant davantage contribuer les pays membres à la fois prospères et à forte production agricole, restent sur la table. L'idée française de créer des agences spécialisées, conçues pour mettre en œuvre de nouvelles actions communes (par exemple en matière de coopération industrielle) ne rassemblant pas obligatoirement tous les États membres, et pour lesquelles pourraient être envisagées des modalités de financement *ad hoc*, sera précisée d'ici l'été, a indiqué M. Cheysson.

### Maîtriser les dépenses agricoles

L'augmentation des ressources propres de la C.E.E., si elle est décidée par les Dix, devra être ratifiée par les parlements nationaux. Le conseil européen, suivant ainsi une suggestion allemande, a décidé que cette ratification devrait avoir lieu en même temps que celle qu'exige l'élargissement de la Communauté. C'est là une garantie donnée aux Espagnols et aux Portugais que les négociations d'adhésion, déjà longues,

ne seront pas éternellement prolongées. « Il n'y a pas de meilleure locomotive possible que le lien avec le financement de la Communauté », a répondu M. Genscher à un journaliste espagnol qui regrettait qu'aucune date-limite pour l'adhésion de son pays ne figure dans la déclaration.

M<sup>me</sup> Thatcher a répété tout au long de la session sa conviction que l'accroissement des ressources de la C.E.E. pourrait être évité si l'on parvenait à une réelle maîtrise des dépenses agricoles. Le chancelier Kohl, sans peut-être aller aussi loin, croit, à l'évidence, qu'il y a beaucoup à faire dans ce sens. Les Français, et ceux qui comme eux sont attachés à la sauvegarde de l'Europe verte, ont obtenu un texte indiquant que le réexamen de la PAC devrait être global, et ne pourrait se limiter à plafonner certaines dépenses. La réforme de la PAC est un thème dévalué, tant elle a été souvent mentionnée sans que l'intention soit suivie d'effet. Mais une adaptation réelle, et sans doute douloureuse, ne pourra guère cette fois être différé.

Les Français semblent avoir compris que leur intérêt n'est pas de s'opposer à cette évolution, mais de la contrôler, de faire en sorte que les sacrifices en soient partagés. Parmi les sujets à examiner, énumérés dans le passage de la déclaration des Dix ayant trait à la PAC, plusieurs correspondent à des revendications qui leur sont propres. Ce sera une partie très difficile de la négociation, mais où la France, loin d'avoir à adopter une position tristement défensive, a de nombreuses cartes à jouer.

La déclaration évoque également les autres politiques communes et le besoin de politiques nouvelles. S'agissant des premières (politiques régionales, politiques sociales), l'idée est de les rendre plus efficaces, et surtout d'en mieux contrôler les dépenses « en coopération avec l'Assemblée ». Sauf erreur d'interprétation, c'est là un euphémisme pour faire comprendre au Parlement européen que son laxisme budgétaire, qui consiste à approuver des crédits avant que les politiques existent, ne sera plus toléré. En matière de politiques nouvelles, le désir d'une coopération industrielle efficace — objectif qui a paru jusqu'ici hors de portée — semble largement partagé, comme en témoigne le coup de pouce au programme Esprit conçu par la Commission pour faciliter les rapprochements inter-entreprises en matière de technologies de l'information.

PHILIPPE LEMAITRE.



# LE JOURNAL la CROIX

Date: 26. VI. 1983

page: 8

Au Conseil européen de Stuttgart

## UN COMPROMIS AMBIGU

LES DIX EUROPÉENS ONT FINI PAR S'ENTENDRE SUR LA COMPENSATION BUDGÉTAIRE EXIGÉE PAR LES BRITANNIQUES. MAIS L'ESSENTIEL DU DIFFÉREND DEMEURE... POUR LE PROCHAIN CONSEIL, EN DÉCEMBRE

Le Conseil européen de Stuttgart n'a pu, comme prévu, régler les obstacles accumulés ces dernières années et qui pèsent désormais lourdement sur l'avenir de la Communauté : financement futur du budget commun; niveau de la contribution britannique; développement de nouvelles politiques et réforme de l'Europe verte; préparation enfin de l'entrée dans le Marché commun du Portugal et de l'Espagne.

Les chefs d'État et de gouvernement des Dix ont donc dû se contenter d'arrêter ce week-end, selon les propres termes de Gaston Thorn, le président de la Commission de Bruxelles, « un programme de travail et un certain nombre d'engagements allant dans la bonne direction ». Ainsi a-t-il été convenu que des sessions spéciales des ministres des Affaires étrangères et des Finances, avec si nécessaire la participation des ministres de l'Agriculture, se tiendraient, dès le mois d'août, pour se pencher sur ces dossiers, en dehors de leurs réunions normales, les résultats de ces négociations étant ensuite soumis au prochain Sommet européen qui se déroulera sous la présidence grecque à Athènes, les 6 et 7 décembre prochains.

Mais au-delà de ces décisions de procédure, la menace d'un conflit entre Français et Britanniques, qui a ensuite opposé Margaret Thatcher à l'ensemble de ses partenaires, à propos du chèque à accorder au Royaume-Uni en 1983 pour réduire la part britannique dans les dépenses européennes, a fait redouter tout au long des travaux l'éclatement d'une crise grave. La

« came de fer » exigeait, en effet, pour la quatrième année consécutive que les Dix accordent, sans plus tarder, à son pays, une compensation financière qu'elle fixait vendredi à près de 1,3 milliard d'Écus (1 écus = 6,8 francs).

François Mitterrand, puis Pierre Mauroy, s'y sont opposés, plaçant cette demande dans une perspective à plus long terme et estimant qu'il existait un lien entre l'octroi de ce chèque et la réforme du budget.

Cette partie de bras de fer s'est terminée dans une certaine ambiguïté. Les Dix ont, en effet, fixé dimanche, après de longues négociations, le montant de cette compensation britannique à 750 millions d'Écus (près de 5 milliards de francs), et l'ont inscrit dans le projet de budget 1984 de la Communauté. « Satisfaction nous a été donnée », constatait, dès lors, le premier ministre britannique à l'issue du Sommet. « Cette somme ne pourra être inscrite au budget 1984 qu'après décision de Conseil, lorsque des conclusions précises auront été arrêtées sur le financement futur de la Communauté », rétorquait Pierre Mauroy, dont une déclaration en ce sens a été inscrite au procès-verbal du Conseil.

Selon le premier ministre français,

soutenu en partie par Helmut Kohl, rien n'est donc acquis pour la Grande-Bretagne, qui devra jouer le jeu de la réforme budgétaire, en acceptant si nécessaire une augmentation des ressources, avant de toucher son chèque. Un tel engagement est-il contraignant? Non, répondait-on dans le camp anglais, ce qui laisse présager une sérieuse empoignade à Athènes à la fin de l'année.

Dès lors que penser de l'impact réel de ce 26<sup>e</sup> Conseil européen de Stuttgart? Au-delà de la querelle budgétaire, des orientations ont pu y être définies pour les travaux à venir des ministres des Affaires étrangères. Elles demeurent cependant souvent vagues pour cacher parfois les différends qui subsistent entre les Dix. Il s'agit d'abord, dans le respect des principes de l'Europe verte, de « contrôler effectivement les dépenses agricoles » par des actions concrètes et diverses portant essentiellement sur le niveau des prix, la création de seuils de garantie, l'augmentation de la coresponsabilité des producteurs, la suppression des montants compensatoires monétaires (MCM), la définition d'une politique cohérente vis-à-vis de l'extérieur, sans

pénaliser pour autant les « petits » exploitants.

Les Dix se sont prononcés ensuite pour le développement de nouvelles politiques (sociale, recherche, innovation, nouvelle technologie) et pour une discipline budgétaire accrue (réforme des fonds régional et social).

Enfin un parallélisme est instauré entre l'évolution de cette négociation interne sur le financement futur de la Communauté européenne et celle en cours avec Madrid et Lisbonne à propos de l'élargissement, aucune date n'étant fixée pour l'adhésion de l'Espagne et du Portugal.

« Nous avons arrêté une procédure, un calendrier et des orientations précises », s'est félicité Pierre Mauroy, dimanche, en début d'après-midi, ajoutant : « La relance européenne que nous appelons est possible. » Les difficultés à surmonter et les enjeux sont donc parfaitement identifiés. Dans toutes les capitales des concessions ont été nécessaires pour y parvenir, en particulier en matière agricole. Mais il reste à l'Europe dans les mois à venir à passer des orientations aux décisions.

Jacques DOCQUIERT

20.6.83

p. 3

## SOMMET DE STUTTGART

# L'Europe se donne 6 mois pour régler ses problèmes

(De notre envoyé spécial.)

**C**ONFRONTES à la tâche impossible de régler une série de dossiers épineux et imbriqués les uns dans les autres, les Dix ont décidé d'en confier la discussion à une conférence extraordinaire. Tel est le résultat essentiel du Conseil européen qui s'est achevé hier après trois journées de débats ardues.

Une fois de plus les chefs d'Etat et de gouvernement incapables de surmonter leurs « intérêts » nationaux respectifs se sont réfugiés dans l'ambiguïté. Dans la « déclaration » adoptée ils ont donné mandat aux ministres des Affaires étrangères et des Finances de négocier les problèmes en suspens d'ici au prochain Conseil à Athènes le 6 décembre. Ce mandat manque de précision.

La pierre angulaire est la contribution britannique au budget communautaire. Mme Thatcher qui demandait pour 1983 la restitution de 1,32 milliard d'ECU (1 ECU = 6,8 francs) sur une contribution nette évaluée à 1,9 milliard a finalement obtenu 750 millions. Mais les chefs d'Etat et de gouvernement se sont séparés sur une équivoque au potentiel explosif.

La délégation britannique estime qu'il n'y a aucune relation entre le versement de cette somme qui sera inscrite au projet de budget 1984 et un accord sur le problème à long terme du financement de la Communauté. Autrement dit, Londres considère que ce chèque sera obtenu en tout état de cause, la somme en question aboutissant à une restitution moyenne des deux tiers en quatre ans de sa contribution nette au budget de la CEE.

Pour le Premier ministre Pierre Mauroy, au contraire, il s'agit d'une « solution conditionnée ». Dans sa conférence de presse, il a déclaré que la somme de 750 millions « ne pourra être inscrite au budget 1984 dès lors qu'au terme de la procédure prévue les conclusions précises ont été arrêtées sur le financement futur de la Communauté et sur la mise en œuvre des autres orientations de la déclaration ».

Le chancelier Kohl s'est exprimé dans le même sens, mais de façon moins formelle, se contentant d'affirmer qu'il existait « un lien » entre les deux questions.

Pour l'essentiel, il s'agit d'augmenter les ressources propres du Marché commun, ce qui implique en particulier le dépassement du plafond de 1 % sur les recettes au titre de la TVA. Le Premier ministre britannique a déclaré avant de

partir de Stuttgart qu'elle ne serait « dis-

posée » à examiner les problèmes financiers à long terme que dans la mesure où des solutions satisfaisantes seraient trouvées dans le domaine des dépenses et la répartition des charges entre les pays membres.

### Double inquiétude

Le désaccord implicite sur le lien entre la contribution britannique et les progrès à réaliser sur les problèmes qui bloquent la progression de la Communauté risque de se transformer en conflit ouvert lorsque le budget 1984 devra être adopté en décembre prochain. Dans ces conditions, il est difficile de souscrire à la déclaration du président de la Commission de Bruxelles Gaston Thorn, pour qui « l'Europe est prête à repartir ensemble vers une nouvelle étape », ce qu'il appelle « l'Europe de la deuxième génération ».

Deuxième raison d'inquiétude : la lourdeur de la procédure retenue pour négocier l'ensemble des dossiers. Aux termes de la « déclaration » de Stuttgart, les solutions seront recherchées dans le cadre de sessions spéciales du Conseil au niveau des ministres des Affaires étrangères et des ministres des Finances auxquels se joindront, en cas de besoin, leurs collègues d'autres départements, ceux de l'Agriculture en particulier. Au total, un aréopage d'une cinquantaine de personnes — en tenant compte des adjoints, experts, etc. — sera chargé de réussir là où dix ministres ou chefs de gouvernement ont jusqu'à présent échoué. Leurs travaux porteront sur le financement futur de la Communauté, le développement des politiques communautaires, l'élargissement (adhésion de l'Espagne et du Portugal), la contribution britannique, la « discipline budgétaire » (réduction des dépenses) et la politique agricole commune.

En vue de cet ambitieux programme, le président François Mitterrand et le chancelier Kohl avaient récemment évoqué l'esprit d'un « nouveau Messine », se référant à la conférence d'où est sorti le traité de Rome. La formule n'a pas été retenue, mais l'enjeu est comparable à celui d'il y a trente ans. Faut-il succéder, la progression de la CEE risque d'être durablement compromise.

L'impression prévalait à Stuttgart, au terme de la conférence, que le pari serait difficilement tenu, tout au moins dans les délais impartis. Le résultat de la négociation doit être soumis au Conseil européen dans un délai de six mois seulement.

Le nombre et l'importance des problèmes à résoudre sont impressionnants. L'idéal serait de réduire les charges les plus lourdes (excédents laitiers, en particulier), de mettre au point certains règlements en souffrance (fruits et légumes, vins, huile), d'augmenter les ressources, de lancer de nouvelles politiques (notamment dans les domaines de l'informatique et des technologies nouvelles) et de s'entendre sur une formule de contribution budgétaire. Si ces résultats étaient acquis, il n'y aurait plus d'obstacles à l'adhésion rapide de l'Espagne et du Portugal.

### Impasse ?

Les Dix ont signé la « déclaration solennelle sur l'union européenne » due à l'initiative des ministres des Affaires étrangères allemand et italien Hans-Dietrich Genscher et Emilio Colombo. Ce document avait été fortement édulcoré, notamment sur les restrictions initialement prévues à l'application de la règle de l'unanimité pour les décisions du Conseil. Il énumère par contre une série de souhaits sur le développement de la Communauté dans les divers domaines : économique, politique, social, culturel ainsi que la sécurité. La portée est surtout symbolique : l'adoption d'un tel texte souligne au plan général la volonté de progrès que la déclaration sur la négociation de problèmes précise dans le domaine des freins et blocages.

Deux autres documents, les « conclusions de la présidence » et la déclaration sur les grandes affaires de la politique mondiale sont de la même veine. Le creux des formules fait contraste avec le sérieux des sujets, qu'il s'agisse de la situation économique, du chômage des jeunes, de la Pologne ou de l'Amérique centrale.

L'aveu implicite d'impuissance serait flagrant sans l'initiative prise en vue de débloquent les problèmes communautaires en suspens. Les déclarations solennelles sont trop souvent demeurées lettre mortes pour que l'on puisse donner cette fois encore aux Dix le bénéfice du doute. On jugera cette opération de sauvetage aux résultats qui seront présentés en décembre à Athènes.

Tristan DOELNITZ

# « Solution conditionnelle » pour Mme Thatcher

Les décisions finales sont reportées...  
au prochain sommet

Envoyé spécial : YVES HOUSSON

STUTT GART, 19 juin. — Mme Thatcher aime à en découdre. Nous le savions, mais le 26<sup>e</sup> sommet européen, qui s'est achevé hier à Stuttgart, vient d'en donner une nouvelle et éclatante illustration. La « dame de fer » y était venue, avant tout, pour régler un problème d'argent : obtenir une mesure particulière de réduction de la contribution britannique au budget de la Communauté, soit une affaire d'environ cinq milliards de francs. « Son » problème n'a pratiquement pas quitté les débats des dix chefs d'Etat et de gouvernement. Résultat : elle n'a obtenu qu'une « solution conditionnelle », tandis que, sur les grands dossiers économiques et sociaux, dont l'élargissement du Marché commun à l'Espagne et au Portugal, et l'avenir de la politique agricole commune, les « dix » n'ont réussi qu'à mettre en place une procédure exceptionnelle de négociation dans le but de parvenir à un accord... au prochain sommet à Athènes en décembre prochain.

La « dame de fer », avant d'arriver dans la verdoyante capitale du Bade-Wurtemberg, avait promis une « bataille formidable ». Pierre Mauroy, qui a pris à mi-sommet le relais de François Mitterrand, l'a confirmé hier devant la presse : la négociation sur le problème de la contribution britannique « a été particulièrement dure ». L'enjeu, rappelons-le, portait sur la prolongation ou non d'un système instauré en 1980, grâce à l'appui de Valéry Giscard d'Estaing, et qui permet à la Grande-Bretagne de bénéficier d'une ristourne sur son versement au budget de la Communauté.

Cette année donc, Mme Thatcher réclamait la somme de 1.200 millions d'ECUS soit, selon elle, la différence entre ce que son pays met dans le pot

commun et ce qu'il en reçoit sous diverses formes. Ses neuf partenaires, la France en tête, s'y sont refusés. Selon la déclaration finale du sommet, la « dame de fer » ne touchera un chèque de 750 millions d'ECUS (5 milliards de francs) qu'après une réforme globale du financement de la CEE. Encore s'agit-il là, pour la France, d'un « forfait qui ne crée en rien un précédent pour l'avenir », a précisé Pierre Mauroy.

En fait, et c'est la conclusion essentielle de Stuttgart sur ce problème financier, comme sur les autres, qui lui sont d'ailleurs étroitement liés, les « dix » n'ont pu se mettre d'accord que sur la nécessité de négociations qui seront « engagées selon une procédure d'urgence particulière », et qui devraient en principe aboutir au prochain sommet d'Athènes, le 6 décembre prochain. Sur la plupart des

grands dossiers économiques et sociaux, les divorces sont en fait profonds au sein de la « famille européenne ».

Ainsi la politique agricole commune. La RFA, avec la Grande-Bretagne et d'autres, souhaiterait voir la CEE réduire considérablement ses dépenses dans ce domaine. Les petits agriculteurs français en feraient les premiers les frais. La déclaration finale n'évoque que le « contrôle » de ces dépenses, et la délégation française a obtenu que les problèmes spécifiques des régions méditerranéennes, ainsi que la situation des exploitants selon leur type et leur taille soient intégrés dans les négociations.

Ainsi encore de l'adhésion de l'Espagne et du Portugal à la CEE. Alors que, là également, le chancelier Helmut Kohl souhaitait accélérer le processus afin de rendre l'élargissement effectif à la mi-1984, le texte final laisse la négociation ouverte, sans fixer de date limite. « Il est essentiel, a dit à ce propos Pierre Mauroy, que soient pris en charge les problèmes des produits méditerranéens. » Les paysans du Midi de la France savent, en effet, combien ils souffriraient de la concurrence espagnole et portugaise.

Les « dix » s'affirment, d'autre part, décidés à développer d'autres politiques communes en matière de recherche, d'innovation ou encore afin de « faciliter la coopération entre entreprises sur les nouvelles technologies ». Et ils déclarent, à l'initiative de la France, a indiqué Pierre Mauroy, accorder « le même haut degré de priorité » à la protection de l'environnement, à la politique de l'emploi, en particulier pour les jeunes, et à la politique sociale. Bref, après Stuttgart, et avant Athènes, tout ou presque reste à faire.

Il devait être beaucoup plus aisé de signer une « déclaration solennelle sur l'union européenne ». Un texte « symbolique », a souligné le Premier ministre, où l'on relève cependant au passage que les Etats membres de la Communauté veulent « coordonner leur position sur les aspects politiques et économiques de la sécurité ». Pas question toutefois de « coopération sur la défense », assure Pierre Mauroy.

# LA STAMPA

Data: 22.6.83 Pagina: 5

Prime difficoltà pratiche dopo il vertice di Stoccarda

## L'Italia (per ora) blocca i rimborsi alla Thatcher

DAL NOSTRO INVIATO

LUSSEMBURGO — La signora Margaret Thatcher dovrà pazientare ancora un po' prima di incassare dalla Cee il rimborso di mille miliardi di lire concordato al Consiglio europeo di Stoccarda. Ieri, al Consiglio dei ministri degli Esteri, sono emerse le prime difficoltà pratiche, e quindi sostanziali, perché l'erogazione di questa somma sia effettuata. L'Italia, rappresentata dall'ambasciatore presso la Cee Renato Ruggiero in sostituzione di Emilio Colombo, ha sostenuto che i 750 milioni di unità di conto da restituire al Regno Unito dai suoi contributi al bilancio comunitario per il 1982 non possono essere iscritti al progetto di bilancio per il 1984 sino a che le altre condizioni del «pacchetto» approvato dai capi di governo lo scorso weekend non siano state realizzate.

L'Italia era anche pronta a chiedere che l'erogazione di questa somma avvenisse in base all'articolo 100 del trattato di Roma, che prevede una decisione all'unanimità del Consiglio dei ministri e una maggioranza di due terzi del Parlamento europeo, con

la chiara intenzione di esercitare il potere di veto. La posizione italiana, secondo certi osservatori politici, sarebbe dovuta alla delusione per il fatto che il documento sull'aumento delle risorse proprie della Cee al «vertice» è stato edulcorato, contro il parere di Roma, al punto di non significare nulla.

Di conseguenza, Roma ha ora stabilito un collegamento determinante, previsto del resto dai documenti finali sul Consiglio di Stoccarda, con la realizzazione di un «pacchetto» che comprende le economie di bilancio, la razionalizzazione della politica agricola comune, l'allargamento alla Spagna e al Portogallo e lo

sviluppo delle politiche. La realizzazione di questo «pacchetto», secondo altri esperti, dovrebbe comportare l'aumento delle risorse della Cee, come appunto vuole l'Italia, dopo la necessaria verifica delle esigenze comunitarie decisa a Stoccarda.

Il ministro degli Esteri inglese sir Geoffrey Howe ha ascoltato in silenzio la dichiarazione della delegazione italiana. «Sembrava una sfinge», ha commentato un diplomatico. In realtà, la signora Thatcher ha vinto soltanto metà della sua battaglia a Stoccarda. Del resto, il presidente di turno del Consiglio dei ministri degli Esteri, il tedesco Hans Genscher, ha sostenuto la posizione italiana, dicendo che i testi del Consiglio europeo sono chiari nello stabilire un collegamento tra l'erogazione del rimborso al Regno Unito e l'attuazione degli altri provvedimenti.

I ministri si sono accordati per presentare le loro osservazioni sul «pacchetto» collegato al rimborso inglese il primo luglio ed incontrarsi sette giorni dopo per fissare il calendario procedurale.

Renato Proni

## La minaccia dello scollamento agisce ancora sull'Europa dei 10

DAL NOSTRO CORRISPONDENTE

**BRUXELLES** — Il progetto di un'Europa diversa, meno comunitaria e più intergovernativa, non si è dissolto a Stoccarda. Ha segnato solo una battuta d'arresto. Comprensibile quindi la soddisfazione di tutti: sia di chi non vuole o teme l'alternativa, sia di chi invece spinge per vanificare il «patto d'origine» della CEE. Se l'immobilismo continua, com'è anche possibile, sullo sfondo c'è la lapide dell'Europa dove saranno sepolte le sue vecchie ambizioni. Chi sarà condannato per omicidio?

Ad un'Europa diversa punta da sempre la Gran Bretagna. I governi inglesi, da Wilson a Callaghan, per finire alla Thatcher, non hanno mai condiviso «gli obiettivi politici» della CEE. Londra ha aderito per cercare la trasformazione dall'interno; e anche perché il suo declino imperiale le impediva la sopravvivenza commerciale esterna. L'Europa come zona di libero scambio, hanno sempre invocato gli inglesi, nella gelosa salvaguardia degli interessi nazionali. Insomma, una bella costruzione amministrativa, efficiente e snella, l'Europa cioè delle dogane.

La Francia, con le sue perenni tentazioni protezionistiche e con il suo patriottismo esasperato, non è da oggi che costituisce un intralcio allo sviluppo istituzionale dell'Europa. Ma per molti anni, agendo rigorosamente nel quadro dell'alleanza franco-tedesca, nonostante i freni del gollismo, è riuscita a dare credibilità ad un certo progresso della CEE. Anche se criticata dagli europeisti più accesi e impazienti, è stata punto di riferimento della vita comunitaria.

Adesso che è arrivato Mitterrand, che l'ipoteca socialista si scontra con le leggi dell'economia, il faro francese s'è spento in Europa. L'asse Parigi-Bonn si è spezzato fra diffidenze reciproche.

L'Italia si è cullata nell'europeismo verbale illudendosi che la sua «originalità» potesse resistere all'usura dei tempi. Non è stata mai capace di gestire correttamente il processo economico; non ha saputo utilizzare al meglio le sovvenzioni della CEE; si è fatta prendere con le mani nel sacco, dall'olio di oliva al pomodoro, gli esempi non mancano. Ancora oggi il governo italiano crede che l'ancoraggio europeo sia eterno senza capire che è tempo di cambiare registro; che non è più possibile coprire con le parole la propria inefficienza; che la propensione allo spreco, quello delle imprese statalizzate, non è più accettata in Europa.

In mezzo a questo mare d'insolvenze galleggia l'isola tedesca. La Germania si sta staccando dall'Europa, i segnali sono quelli del disimpegno. Tutti hanno contribuito a creare la delusione tedesca, anche se le colpe più clamorose sono quelle degli italiani e quelle più recenti dei francesi. Oggi il governo federale non se la sente più di pagare per questa Europa dei contrasti e maschera con esigenze contabili la sua delusione politica.

Per non restare isolato a predicare al deserto, il cancelliere Kohl si è scelto un alleato, Margaret Thatcher, e oggi il quotidiano inglese «The Guardian» parla di «trionfo dell'asse Londra Bonn».

Vista fra cronaca e storia, questa è la situazione dell'Europa dopo il vertice di Stoccarda. I capi di governo della CEE non hanno saputo prendere decisioni. Ma si sono dati un «programma di lavoro», hanno definito il «quadro della riforma finanziaria» necessaria a permettere l'ingresso in Europa di Spagna e Portogallo.

Si tratta per l'Italia di un campo disseminato di trappole. Disinnescare i mille pericoli non sarà facile: servirà una grande vigilanza politica accompagnata dalla ferma volontà di cambiare condotta economica in avvenire. E' l'unico contributo che l'Italia può dare per salvare questa Europa dal naufragio.

Arturo Guatelli

## Dopo Stoccarda l'Europa è più debole

Tutto è restato come prima: con tanta ambiguità in più e molte illusioni in meno, sul futuro della costruzione europea. Nemmeno a Stoccarda, i capi di Stato o di Governo dei Dieci sono riusciti a ritrovare quella visione comune sul «come» realizzare il progetto dell'integrazione economica e politica dell'Europa che da anni, ormai, inseguono vanamente da un «vertice» all'altro. Ciascuno è ripartito con le medesime idee con le quali era arrivato: e l'improbabile «miracolo» di un'intesa è stato rinviato al prossimo appuntamento di dicembre ad Atene.

Nè può servire a mascherare questo ennesimo fallimento la firma della «dichiarazione solenne» sull'Unione europea nella quale si riaffermano l'intenzione di perseguire gli obiettivi economici e sociali fissati dai Trattati di Roma e di Parigi, l'esigenza di rafforzare la coesione della Comunità ed estenderla a nuovi settori e l'opportunità di un maggior coordinamento delle politiche estere nazionali. Una raccolta di facili «buoni propositi» viziata, sin dall'inizio, dalle riserve dei governi francese, greco e danese allergici, da sempre, a qualsiasi limitazione della loro autonomia sul terreno delle scelte di politica estera e, ancor più importante, forse, a rinunciare — nel contesto decisionale della Comunità — al diritto di veto sancito dal «compromesso di Lussemburgo» del gennaio 1961.

Certo, a Stoccarda, si è evitata la rottura tra i Dieci sui due nodi del negoziato: il «rimborso» alla Gran Bretagna di un'aliquota del suo saldo negativo con i conti della Cee ed il potenziamento del bilancio comunitario. Ma questo risultato è stato raggiunto con un ambiguo compromesso che soddisfa soltanto il premier britannico Thatcher e, perchè schierato sulla stessa «linea del rigore», anche il cancelliere tedesco Kohl. Con invidiabile abilità

negoziale, la Thatcher è riuscita, infatti, a strappare al «Nove» un assegno di poco più di mille miliardi di lire, senza assumersi un benchè minimo impegno sulla questione dell'incremento, foss'anche a termine, dei mezzi di cui dispone oggi la Comunità per finanziare le proprie attività.

Un'impresa questa che è stata facilitata dall'interessata «complicità» di Kohl il quale, pur di evitare che il semestre della presidenza tedesca del Consiglio Cee si concludesse su una rottura, si è spostato, all'ultimo momento, sulle posizioni di Londra. Ed ha convinto

gli altri ad accettare un testo che rinvia al prossimo «vertice» di Atene la soluzione delle difficoltà finanziarie della Comunità e, quindi, quel rilancio del processo integrativo europeo che, per realizzarsi, esige un aumento del bilancio comune.

Il cancelliere federale, che si era piegato *oborto collo* alle richieste italiane, francesi, greche ed irlandesi perchè si decidesse un potenziamento delle disponibilità Cee, non si è fatto sfuggire l'occasione che gli si presentava. Le minacce della «dama di ferro» inglese di rientrare a Londra prima della fine del dibattito sono state un ottimo alibi per far passare, nel documento finale, soltanto quegli imperativi di riequilibrio contabile che, in mancanza di un aumento dei mezzi finanziari della Cee, implicano necessariamente un ridimensionamento delle spese. In primo luogo quelle destinate all'Europa «verde» ed alle politiche regionale, sociale ed industriale. Proprio quelle sulle quali conta molto l'Italia per ristrutturare il proprio sistema economico e non perdere il collegamento con il resto dell'Europa industrializzata.

Che lo si voglia ammettere o meno, la filosofia «rigorista» anglo-tedesca ha finito, così, per prevalere a Stoccarda. Tutti dovranno piegarsi alle esigen-

ze di «una più severa disciplina di bilancio» che punti alla «realizzazione di economie»: ed accettare che le varie politiche comuni siano sviluppate «entro i limiti di finanziamento consentiti». Sarà solo sulla base delle «conclusioni raggiunte in merito allo sviluppo delle politiche, al miglioramento della disciplina di bilancio ed all'esame del sistema finanziario che il calendario e l'entità delle risorse proprie saranno stabiliti in funzione delle esigenze finanziarie».

Nessun impegno, dunque, dei Dieci su un qualsiasi aumento delle disponibilità del bilancio della Cee che, già sin da quest'anno, forse, rischia la «bancarotta» finanziaria: di non essere in grado, cioè, di far fronte alle spese già preventivate per l'agricoltura, gli squilibri regionali e le iniziative sociali.

Un ben magro risultato, in definitiva, per tutti? Ma in particolare per la delegazione italiana che, sino all'ultimo, si è ostinatamente rifiutata di ammettere la realtà dei fatti: tentando, persino, di accreditare con la stampa la tesi di un incremento del bilancio comune che non era stato, invece, deciso.

Ugo Piccione

La «scure» dell'austerità comunitaria sulle sovvenzioni settoriali

## Il bilancio per l'Italia del vertice di Stoccarda

L'interpretazione di Fanfani e Colombo - Una riserva francese attenua il successo della Thatcher per i rimborsi - Scongiurata una deroga delle prassi comunitarie voluta da Mitterrand e Mauroy

DA UNO DEI NOSTRI INVIATI

**STOCCARDA.** — Le parole non si sono tradotte in fatti concreti: sono rimaste aspirazioni, forse solo desideri. Nonostante i discorsi di Fanfani, nonostante l'impegno di Colombo, i risultati del vertice di Stoccarda poco si conciliano con le aspettative e gli interessi immediati dell'Italia. Certo, la logica dello sviluppo europeo è stata ricondotta nei binari della prassi comunitaria. E' stato evitato il tuffo nella cooperazione intergovernativa, quella pericolosa tentazione che serpeggiava alla vigilia. Ma sul capitolo determinante delle «risorse proprie» ha prevalso la filosofia anglo-tedesca, il rinvio cioè a tempi migliori.

L'aumento delle entrate di bilancio, una scintilla necessaria per accendere il fuoco dello sviluppo industriale e tecnologico dell'Europa, non è stato neppure menzionato dal comunicato finale del vertice. Farà capolino, ha confessato Kohl, solo quando sarà esplorata la via del rigore, quando l'austerità finanziaria sarà l'unica, seria regola di vita. Non prima, comunque, dell'adesione alla CEE di Spagna e Portogallo, come dire nel 1986.

I due rappresentanti dell'Italia — il presidente Fanfani e il ministro Colombo — non hanno voluto accettare la sconfitta: I ministri hanno cercato di «vendere» alla stampa un aumento delle «risorse proprie» che non esiste, un impegno che il vertice non ha preso. Hanno tentato addirittura di tradurre la parola inglese «extent», che significa ampiezza, con aumento, e quella francese «envergure» che pure significa ampiezza, ancora con aumento. Dimostrando così una eccessiva propensione alla flessibilità semantica che lascia perplessi e anche

## Firmato l'Atto europeo

L'impegno dei capi di governo della CEE a progredire sulla via di un'integrazione comunitaria sempre più stretta è stato solennemente riaffermato nella dichiarazione sull'Unione europea firmata ieri a Stoccarda alla conclusione del vertice.

Tale dichiarazione è il frutto di un'iniziativa che il ministro italiano, degli Esteri Emilio Colombo lanciò nel 1981 e che ha portato successivamente avanti insieme al collega tedesco Hans Dietrich Genscher.

Il documento si compone di venti pagine: un preambolo, un elenco degli obiettivi della Comunità, le istituzioni, i possibili campi d'azione. E' la prima volta che un documento ufficiale della CEE indica come terreno di collaborazione la politica della sicurezza e quella della cultura.

La dichiarazione approvata ieri sarà sottoposta a un riesame generale non appena i progressi realizzati nel campo dell'unificazione europea lo giustificheranno, al più tardi, comunque, fra cinque anni, nella prospettiva di arrivare a un vero e proprio trattato sull'Unione europea.

La trattativa per l'approvazione della dichiarazione è stata particolarmente laboriosa per le difficoltà frapposte su alcuni punti da Paesi come la Gran Bretagna e la Francia, che hanno reso esplicite le loro posizioni a processo verbale. E anche da Paesi come la Grecia e la Danimarca che hanno apposto note di dissociazione in calce alla dichiarazione, note che riguardano soprattutto le finalità dell'Unione europea, il ruolo del Parlamento di Strasburgo e l'avvicinamento delle legislazioni.

Il ministro Colombo ha detto chiaramente che avrebbe preferito un testo più avanzato, come era nelle sue intenzioni all'origine. Lo stato attuale dell'Europa non ha permesso tuttavia di superare certi ostacoli. Critici della dichiarazione sono stati, nei giorni scorsi, il presidente della Commissione CEE, Gaston Thorn, e il presidente del Parlamento europeo, Piet Dankert.

un po' tristi coloro che vivono la dimensione dell'uomo della strada, coloro che credono nella sincerità come virtù, anche in politica.

Nel negoziato finanziario la vera trionfatrice del vertice è stata Margaret Thatcher. Ha ottenuto un congruo «rimborso», circa 1.012 miliardi di lire, a compenso del saldo passivo che la Gran Bretagna registrerà nei confronti della CEE nel 1983. Ed è riuscita a sottrarsi abilmente alle pressioni di chi voleva un aumento delle «risorse proprie». Torna a Londra vincitrice: con la sua determinazione ha occupato Stoccarda come fosse Port Stanley, la capitale delle Falkland, senza il biso-

gno, questa volta, della Royal Navy.

Unico neo della vittoria di Maggie, la riserva, inserita a processo verbale, della Francia: il governo di Parigi sostiene che il «rimborso» alla Gran Bretagna non sarà contabilizzato nel bilancio della CEE fino a quando non verrà raggiunta un'intesa su tutti i problemi; quindi anche su quello dell'aumento delle entrate comunitarie. Ma cosa vale di più, un testo sottoscritto da tutti oppure una postilla dell'ultima ora dettata dall'orgoglio francese?

La spesa agricola, sostiene il comunicato del vertice, dovrà essere ristrutturata. Segue un elenco di quei settori che saranno colpiti dalla scure dell'auste-

rità finanziaria, purtroppo anche quelli che interessano l'Italia, i premi e le sovvenzioni settoriali. Ma il negoziato è aperto, nulla è pregiudicato, la partita si giocherà nei prossimi mesi. I toni del diktat agricolo sono stati però addolciti, proprio come chiedeva il governo italiano, che non poteva sacrificare in partenza la politica agricola comune sull'altare della «nuova Europa», un progetto restrittivo e dai connotati troppo incerti per raccogliere adesioni alla cieca.

La strada per arrivare al momento della verità, il Consiglio europeo di Atene, non è quella che avrebbero voluto i francesi. L'idea della conferenza intergovernativa è caduta. Tutto è stato ricondotto nell'ambito delle procedure previste dal Trattato di Roma. Il pericolo di un direttorio anglo-franco-tedesco era nell'aria. E' stato sventato.

Ma il disimpegno della Germania dall'Europa comunitaria, il perno psicologico del direttorio, resta pur sempre il rischio maggiore. Se ne dovrebbe rendere conto l'Italia che tanto ha contribuito, con la sua condotta poco ortodossa, a generare la delusione tedesca. L'Europa si fa, è vero, predicandola, ma soprattutto rispettando le regole di una gestione responsabile dell'economia.

Arturo Guatelli

**VERTICE CEE Kohl e la Thatcher hanno fatto prevalere il «rigore» sull'esigenza del rilancio**

# Ambiguo compromesso a Stoccarda

## La linea della destra si è imposta ai dieci

Nessun impegno preciso per l'aumento delle risorse comunitarie, ma molti riferimenti alle economie - Fanfani ottimista: «Abbiamo ottenuto l'aumento» (ma solo con un artificio nella traduzione) - Un nuovo negoziato fisserà le procedure per i finanziamenti e i tagli

Dal nostro inviato

STOCCARDA — Non c'è stato un rilancio dell'Europa, della sua capacità d'integrazione, della sua autonomia; non c'è stata una svolta capace di portare la CEE fuori delle sue crisi paralizzanti. Il lungo vertice di Stoccarda dei dieci capi di Stato e di governo della CEE si è concluso con un ambiguo compromesso, che non nasconde fra le pieghe del contorto linguaggio burocratico l'affermazione della linea di destra, la linea del «rigore» anglo-tedesco, della politica restrittiva e dei tagli di bilancio. Il fatto che la vittoria di questa linea non sia «gridata» come avrebbe voluto la rozza diplomazia dei «torres d'assalto» del Foreign Office, ma che sia affogata nel grigiore del linguaggio, non ne cambia la portata.

La Thatcher si porta a casa 1.030 miliardi di lire a titolo di rimborso per le somme versate in più alle casse comunitarie rispetto a quanto Londra ne ha ricevuto nel 1983. In più la Thatcher ha ottenuto, con l'alleanza ora aperta, ora sottintesa del cancel-

liere tedesco Kohl, di attenuare fino a cancellarlo ogni impegno di aumento delle risorse della Comunità, ai fini di un'espansione della spesa per le nuove politiche anticrisi nei settori della ricerca e delle tecnologie, dell'occupazione e dell'aiuto allo sviluppo delle regioni più arretrate. Sancire l'impegno a un aumento delle risorse della CEE, infatti, poteva significare proprio questo: dare il segno di una volontà comune di uscire dalla crisi attraverso la cooperazione in settori nuovi, facendo assolvere alla Comunità una funzione di stimolo, di indirizzo, di programmazione e di coordinazione degli sforzi nazionali.

A opporsi a questa linea sono stati fino all'ultimo i governi di destra inglese e tedesco, ormai interessati soltanto a mantenere alla Comunità il suo arcaico carattere mercantile, con in meno tutto quello che la linea delle «economie» dovrebbe tagliare dalle sue spese tradizionali. E non è arduo pensare che le economie di bilancio, di cui fa abbondantemente ri-

ferimento il documento finale, in chiaro i tagli alla spesa, avverranno, *in corpore vili*, sulla pelle dei più deboli economicamente e politicamente.

Nel capitolo centrale del documento finale, che parla delle risorse della CEE, non ricorre mai, almeno nei testi originali inglese e francese, la parola «aumento». Si parla di «assicurare il finanziamento delle politiche e delle azioni comunitarie, tenendo conto del loro sviluppo» e dei «bisogni supplementari» dovuti all'adesione di Spagna e Portogallo. Si dà mandato a una futura trattativa, che dovrebbe aprirsi già nelle prossime settimane fra i ministri degli Esteri, delle Finanze e dell'Agricoltura, per concludersi in dicembre con il vertice di Atene, di stabilire «la portata e i tempi dei bisogni della Comunità in materia di risorse proprie». Si scrive a tutte lettere che queste nuove risorse dovranno essere trovate «sfruttando tutte le possibilità di fare economie», come ha voluto e imposto la Tha-

cher. Ma mai, almeno nelle lingue citate, ricorre la parola «aumento».

Tuttavia, nella conferenza stampa finale, Fanfani tutto giulivo ha assicurato di aver «ottenuto che il negoziato dovrà determinare anche l'entità e la data per l'aumento delle risorse proprie». Alle contestazioni dei giornalisti che si trovavano davanti i testi in inglese e in francese del documento, il professore sceno ha assicurato che, invece, nel testo italiano la parola che in inglese e in francese significa «portata» era stata tradotta in «aumento». Capito? Basta una traduzione un po' disinvolta e tutto va a posto. A parte tali goffaggini, Colombo, più accorto, ha ammesso che nel testo approvato «si scontrano e si mescolano due linee». Quale sarà la vincitrice, si vedrà nel proseguimento del negoziato.

Come dire che a Stoccarda, dove — come ha assicurato anche Fanfani — si è addirittura sfiorata «una clamorosa rottura», non si è deciso niente e tutto è ancora in gioco. Già questa è

una conclusione sconsolante, alla quale del resto ha dato credito anche il presidente di turno, un grigio e maldestro cancelliere Kohl. I risultati, ha detto nella conferenza stampa finale, «non possono suscitare euforia», anche se Stoccarda «spiana la strada a compromessi che saranno certamente necessari nei prossimi mesi, durante il negoziato sul finanziamento della Comunità e sull'aggiornamento delle sue politiche». Va aggiunto che tale negoziato sarà collegato a quello per l'adesione della Spagna e del Portogallo.

C'è ancora da registrare, per dovere di cronaca, la firma della dichiarazione «solenne» di Colombo e Genscher sull'unione europea. La «solennità» di quest'atto, tuttavia, è stata del tutto svuotata dalla vacuità del suo contenuto, che, dove addirittura non comporta dei passi indietro, si limita a fotografare l'esistente, con tutti i suoi limiti e la sua ormai esaurita capacità di slancio.

Vera Vegetti

Data: 20.6.83 Pagina: 7

L'Unità



# LE SOIR

Date: 20 juin page: 4

0000

## A Stuttgart, les Dix ont sauvé la face... pas la Communauté

DE NOTRE ENVOYÉE SPÉCIALE

Stuttgart, le 19 juin.

Au sommet de Stuttgart, les dix chefs d'Etat et de gouvernement de l'Europe ont bien joué l'avenir de la C.E.E. Mais ils ne l'ont pas assuré pour autant. Ils se sont contentés d'éviter une crise grave, qui aurait hypothéqué tout pas en avant.

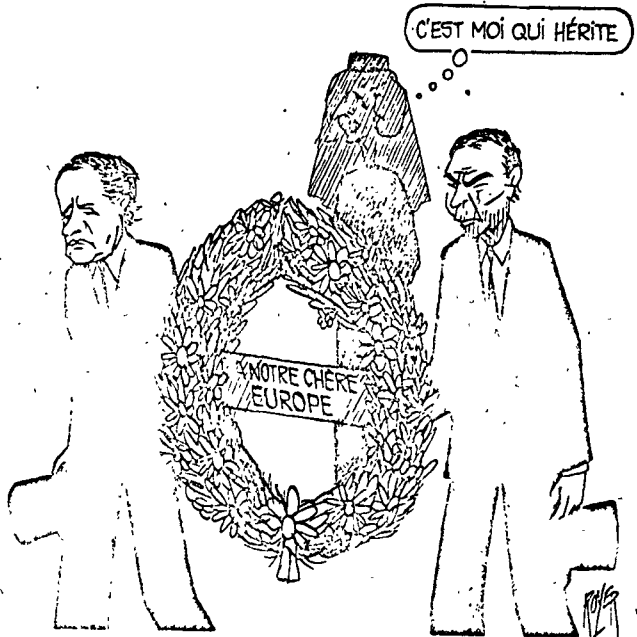
Ce « sommet » aurait dû, théoriquement, jeter les bases d'une « Europe de la seconde génération », donner le coup d'envoi à de nouvelles politiques qui répondent à la crise. Dans les faits, les Dix ont piétiné pendant plus de quarante-huit heures face à

un vieux problème, qui use, depuis quatre ans, les énergies communautaires: la contribution britannique à la C.E.E. Un problème de gros sous, capital aux yeux de M<sup>me</sup> Thatcher, mais dérisoire en regard des immenses défis, industriel et scientifique notamment, que l'Europe devrait absolument prendre à bras-le-corps, sous peine de se faire distancer définitivement par ses concurrents américains et japonais. En acceptant de concéder à Margaret Thatcher un nouveau chèque de trente-quatre milliards de francs belges, ses partenaires ont évité une crise grave.

Cette esquivade de dernière minute débloque la négociation sur l'avenir de la Communauté. Mais celui-ci ne s'annonce guère souriant...

Pour que la Communauté européenne ne se trouve pas, en 1984, en état de cessation de paiements, il lui faut de nouvelles ressources financières. C'est la condition *sine qua non* à remplir pour qu'elle puisse à la fois sauver son acquis, c'est-à-dire l'Europe verte, et lancer de nouvelles politiques. Sur ce point, à Stuttgart, personne ne perd et personne ne gagne. « Nous avons fait un pas en avant dans la bonne direction », a souligné le chancelier Kohl, président en exercice du conseil des Dix, mais il n'y a pas de raison d'être euphorique. En effet, la dame de fer n'a pas mis son veto, comme on aurait pu le craindre, à toute augmentation des ressources de la C.E.E., qui passe nécessairement par la hausse de la part des recettes de T.V.A. — plafonnée actuellement à 1% — que les Etats membres versent aux caisses de l'Europe. Sans ce sacrifice supplémentaire, il ne serait même pas question de songer à l'élargissement de la C.E.E. à l'Espagne et au Portugal.

Après une rude bataille, celle que ses partenaires ont été, à Stuttgart, tentés d'appeler « Calamity Maggie », n'a pas claqué définitivement la porte à des ressources supplémentaires. Mais elle a interprété à sa manière le texte final, disant avec un sourire en coin, comme si elle venait de jouer un bon tour à ses partenaires: « Nous avons réussi à éliminer toutes les références chiffrées relatives à l'augmentation des ressources propres. Kaput! » Elle a précisé: « Nous ne serons prêts à examiner un accroissement des ressources propres que s'il y a limitation effective des dépenses de la politique agricole et des autres politiques — M<sup>me</sup> Thatcher a souligné plusieurs fois les économies à réaliser dans tous les domaines — ainsi qu'une répartition plus équitable de la charge financière entre les Dix.



Ce n'est pas exactement l'interprétation que donnent les autres participants à ce marathon, qui a usé autant les nerfs que les espoirs mis en l'Europe. Wilfried Martens, par exemple, a estimé que le remboursement de 750 millions d'écus à Londres était directement tributaire de la réalisation d'un accord dans les autres dossiers, notamment celui des ressources propres. « Il ne

s'agit donc pas, dit-il, d'un chèque en blanc à M<sup>me</sup> Thatcher. Pour Pierre Mauroy aussi « la compensation financière promise à M<sup>me</sup> Thatcher ne sera définitivement versée qu'à partir du moment où des conclusions précises auront été arrêtées sur le financement futur de la Communauté et la mise en œuvre des autres orientations ».

### Et maintenant ?

Tout dépendra, en fait, des mois à venir. Ainsi va l'Europe. Depuis le sommet de Strasbourg en 1975, le « problème anglais » surplombe tous les conseils européens, comme une épée de Damoclès.

Depuis la nuit du 30 mai 1980, où la C.E.E. a évité de justesse une crise irrémédiable toujours

# Inertie

à la  
C.E.E.

venue de Londres, on ne cesse d'évoquer l'orientation moins agricole, davantage industrielle, régionale et sociale, que devrait prendre l'action communautaire pour assurer son avenir et rendre plus équitables les dépenses et les profits des Dix. Depuis la même année, les Dix ne cessent de clamer leur angoisse devant la montée du chômage, et de répéter qu'on ne peut absolument pas abandonner à leur sort les jeunes en chômage. Stuttgart qui a hérité de tous ces dossiers s'est essentiellement employé à les renvoyer au prochain sommet, celui d'Athènes, le 6 décembre. Certes, les Dix ont mis au point la procédure appropriée, une procédure d'urgence qui verra collaborer les ministres des Affaires étrangères, des Finances et peut-être de l'Agriculture, à un rythme très soutenu. Cette décision permet de sortir de la paralysie, mais elle ne suffit pas à raviver la foi en l'Europe. Si elle venait à déboucher sur un sommet d'Athènes qui ne soit pas décisif, la C.E.E. pourrait bien perdre toute crédibilité... Pour de bon, cette fois.

## Le « credo européen »

A Stuttgart, le chancelier Kohl a quelque peu sauvé sa mise et le prestige de sa présidence, en réussissant à faire signer en grande pompe par les Dix, une « Déclaration sur l'Union européenne », qui donne à la C.E.E. une autre dimension que les marchandages mesquins qui ont occupé le plus clair du sommet. Ce « credo européen » affirme qu'il faut poursuivre le développement de la C.E.E., notamment grâce à de nouvelles politiques, resserrer sa coopération politique, c'est-à-dire sa diplomatie commune, et l'étendre à la sécurité (mais non à la défense strictement militaire), étendre son activité, en affirmant son identité culturelle, en agissant de concert contre « les problèmes internationaux de l'ordre public ».

Cette adhésion *in extremis* à un catalogue d'intentions n'en-

gage pas vraiment la C.E.E. Il ne fera sans doute pas illusion aux yeux du Parlement européen, qui passera au crible, les 29 et 30 juin prochains, le bilan de la présidence allemande, et celui du sommet de Stuttgart. Or, c'est le Parlement qui réagit avec le plus d'indignation à l'enlisement de la Communauté dans le problème anglais. L'an dernier, il a rejeté, dans un premier temps, les concessions financières faites à M<sup>me</sup> Thatcher, pour ne se résigner qu'à la condition qu'à l'avenir, la Communauté se débarrasse définitivement de ces marchandages peu glorieux, grâce à une solution durable et équilibrée. Pour faire front à la came de fer, les autres chefs d'Etat et de gouvernement ont, pour une fois, fait grand cas de l'opinion des élus européens. Mais, en même temps qu'ils usaient de l'intransigeance du Parlement, ils lui ont tendu un piège. Le chèque versé à Maggie sera inscrit au budget général de la C.E.E., de sorte que les élus des Dix ne pourront pas le refuser, comme les y pousserait leur exaspération, sans remettre en cause en même temps le financement de toute la C.E.E., en particulier des politiques — sociale et régionale notamment — qui lui tiennent à cœur.

## L'Europe réelle

Le Parlement européen n'est pas seul à opposer la voix du bon sens à ces négociations ésoériques, à ces jeux pour initiés qui se déroulent d'un sommet à l'autre, où Londres gagne la balle de match, et la Communauté perd la partie. Les parlementaires ne font qu'exprimer les sentiments des populations d'Europe. Durant les trois jours de sommet, tandis que le gouvernement allemand s'échinait à vendre à son électoral l'image de marque de son engagement européen, plusieurs manifestations sont passées sous les fenêtres du « Nouveau château » où se cloîtraient les Dix. Elles tentaient de sensibiliser les chefs d'Etat et de gou-

**C**OMBIEN de conseils, combien de comités sont venus mourir exsangues sur le banc de l'inertie gouvernementale (multipliée par dix) de la Communauté européenne ? Alors parler de « procédure d'urgence particulière », de « sessions spéciales de conseils des ministres », « d'action d'urgence pour assurer la relance de la Communauté » soulève le scepticisme pour quiconque a suivi de près ces trois jours de tragi-comédie que les Dix ont jouée à Stuttgart.

Même le chèque que les Neuf ont signé à leur partenaire britannique soulève déjà des critiques Outre Manche. Déjà l'indispensable accroissement des ressources de la Communauté a été subordonné par M<sup>me</sup> Thatcher à la limitation des dépenses, notamment agricoles, de la Communauté. Pendant trois jours, les chefs d'Etat et de gouvernements ne sont pas parvenus à lever le nez de ce problème britannique pour aborder d'autres problèmes tout aussi fondamentaux que la relance industrielle ou la lutte contre le chômage et

l'inflation. Ils se sont bornés, par une entourloupette, à les enfourner dans l'ordre du jour passe-partout de la « procédure spéciale ».

Ceci ne les a pas empêchés de signer une « déclaration solennelle sur l'Union européenne ». Sur papier, elle paraît l'antithèse de ce qui s'est déroulé sur le terrain. Elle est théoriquement importante puisqu'elle tend à édifier un ensemble cohérent, la construction de l'Europe, non seulement économique et politique mais aussi culturelle et en matière de sécurité et de coopération juridique. Le texte est important mais là aussi l'adage s'impose : « On juge un arbre à ses fruits ».

On notera d'ailleurs les réserves et objections que le Danemark et la Grèce ont élevés tout au long de cette déclaration. Ceci, ajouté au jeu égo-centrique des Britanniques permet de reposer la question : « N'est-il pas temps de relancer la conception d'une Europe à deux vitesses : un noyau dur prêt à aller de l'avant dans l'unification et une nébuleuse suivant le mouvement de loin en loin ? »

vernement au désir de paix et à la peur des missiles, et à la protection de l'environnement, dans ce Land de Bade-Wurtemberg, où un arbre sur deux est rongé par la pollution amenée par le vent des différentes usines et autoroutes d'Europe.

Quinze jours plus tôt, quarantevingt mille travailleurs de la C.E.E. se sont massés à Stuttgart, exactement sur la même place du « Neue Schloss » pour revendiquer que les Dix opposent au chômage une solution qui ne peut être qu'europpéenne, sous forme d'investissements productifs, et de réduction du temps de travail. C'était la première manifestation européenne de masse et le président de la Confédération européenne des syndicats, Georges

Debonne a répété à Stuttgart sa angoisse devant la montée du chômage qui, cinquante ans plus tôt, a conduit au nazisme.

Aux interpellations très pressées de son opinion publique, C.E.E. n'a, au sommet de Stuttgart, répondu qu'en gagnant du temps. Face à l'urgence, elle demande la patience. Même si elle s'est entourée de tous les parfums nécessaires pour tenter d'aboutir à Athènes, la Communauté ne pourra pas camoufler fait qu'à Stuttgart, elle a manqué une occasion de plus. A force d'éviter les crises institutionnelles, elle s'essouffe à définir dans le lointain des objectifs qui perdent toute crédibilité.

B. V.

Datum: 9 1 88 pag.: 1

## Op de lange baan

De regering heeft beloofd vandaag in de bevoegde kamerkommissie een antwoord te verstrekken op de vraag waar zij heen wil met de regionalisering van de nationale sectoren. Niet zonder enige spanning wordt uitgekeken naar het regeringsstandpunt, dat meteen een inzicht zou moeten geven over de vraag of en hoe Cockerill-Sambre een nieuwe financiële injectie krijgt. De « tijdbom » onder de regering tikt immers reeds een jaar, sinds duidelijk werd dat Cockerill-Sambre het niet zou halen met de middelen van het staalplan van 1981. Zal de regering het aandurven met een concrete beslissing op tafel te komen, of blijft zij zoals tijdens de afgelopen maanden het geval was; talmen en de beslissing voor zich uitschuiven?

Het op de lange baan schuiven van moeilijke beslissingen is geen Belgisch monopolie. Ook de jongste Europese top van Stuttgart heeft slechts uitstel opgeleverd om de Gemeenschap uit haar financiële moeilijkheden te halen. Weliswaar zijn de Tien het in laatste instantie eens geworden over een gezamenlijke verklaring die barst van goede voornemens en beloften om samen aan een oplossing te werken, maar hoe dat precies moet gebeuren bleef in het vage.

Nu moet men niet verwachten dat elke bijeenkomst van de Europese staats- en regeringsleiders baanbrekend werk oplevert. Maar dat er nu al op drie toppen achter elkaar – Kopenhagen, Brussel en nu Stuttgart – resultaten uitblijven (terwijl er hoogdringend moet vermeden worden dat de EG bij gebrek

aan middelen stilvalt) is toch wel wat van het goede te veel.

Het « akkoord » van Stuttgart komt erop neer dat men het eens is om vast te stellen dat men het niet eens is. Het wordt aan de volgende top – in december in Athene – overgelaten om spijkers met koppen te slaan. De ministerraad moet tegen die tijd een kompromis zien uit te dokteren. Vooraleer de top begon zegde commissievoorzitter Thorn dat een mislukking van Stuttgart het failliet van de EG zou betekenen. Nu er een ronkende slotverklaring kwam, werd een regelrechte mislukking vermeden. Maar wat indien er op 6 december in Athene ook niets uit de bus komt?

Een dringende oplossing is des te noodzakelijker, daar de huidige impasse het wezen van de Gemeenschap zelf in het gedrang brengt. Haar ontoereikend huishoudboekje roept de vraag op wat men in de toekomst verder met de Gemeenschap wil. Moet men de taken van de EG gaan afromen, of haar integendeel via ruimere middelen een grotere financiële armslag geven? De financiële problemen draaien vooral rond het landbouwbeleid, dat meer dan twee derden van de EG-begrotingsuitgaven opsloort. Dat grote overwicht heeft enerzijds te maken met het feit dat de Europese eenmaking van de landbouw gevoerd wordt met een subsidiebeleid, maar anderzijds ook met het feit dat de landbouw een van de weinige terreinen is waarvoor een hecht gemeenschapsbeleid bestaat.

De slotverklaring van Stuttgart is zo vaag – het lijkt wel Williamsburg – dat men nog alle kanten uitkan met de fundamentele vraag of de oplossing van de budgettaire problemen moet gebeuren door de middelen te verhogen dan wel op de (landbouw-)uitgaven te bezuinigen. De kwestie is nochtans van belang voor de toetreding van Spanje en Portugal, maar de Europese raad heeft daar in Stuttgart liever geen datum op geplakt. Een kwart eeuw na haar oprichting worstelt de EG nog steeds met het dilemma of men eerst moet streven naar een verdieping van de werking dan wel naar een uitbreiding van het aantal leden.

Indien de top van Stuttgart dan toch nog een gezamenlijke beginselverklaring heeft opgeleverd, dan is het omdat de overige partners uiteindelijk zijn ingegaan op de voorafgaande Britse eis van een bijdragevermindering. Eens te meer werd de kostbare tijd van de topkonferentie grotendeels ingenomen door discussies over de Britse bijdrage. Dit holt niet alleen het verloop van de raad uit, maar wat nog erger is, de Gemeenschap zelf.

Wanneer elk land gaat eisen dat het precies evenveel terugkrijgt van de EG als het er instopt, dan kan men de EG al bijna even goed opdoeken. Van lotsverbondenheid en solidariteit in een Europese dimensie is weinig sprake als men met een weegschaaltje de in- en uitgaande facturen gaat afwegen. Al kan men dat soort redeneringen natuurlijk ook toepassen op onze interne Belgische intergewestelijke verhoudingen...  
JvW

Datum : 20. VI. 1983

p. 7.

## Respijt

DRIE IN PLAATS van de gebruikelijke twee dagen hadden de Europese regeringsleiders uitgetrokken voor hun reglementaire topgesprek van dit weekeinde in Stuttgart. Deze extra tijd hebben zij hard nodig gehad in hun streven te voorkomen dat de Europese Gemeenschap op korte termijn door tal van interne problemen volledig vast zal lopen.

Ter discussie stond niet alleen het probleem van de (te grote) Britse bijdrage tot het gemeenschapsbudget en de hervorming van de financiering van de landbouwpolitiek die de hoofdoorzaak is van dit probleem. Het ging ook om vraagstukken zoals het verbeteren van de sociale en regionale politiek van de gemeenschap, om de rol van het Europese parlement in de begrotingsprocedure en andere bevoegdheden van dit orgaan, om het streven naar meer politieke samenwerking van de Tien, alsmede om de toelating van Portugal en Spanje tot de gemeenschap.

Zaken, die allemaal op de een of andere manier met elkaar samenhangen. Al was het maar omdat de Duitsers de toelating van Portugal en Spanje eisen als een der voorwaarden om meer geld voor de gemeenschap ter beschikking te stellen, terwijl de Fransen deze twee landen niet willen toelaten als er niet meer geld komt voor de landbouw van het Middellandse Zee-gebied.

KERNPROBLEEM bij al deze moeilijkheden is dat de gemeenschap voor het financiële bankroet staat, aangezien de middelen waarover zij kan beschikken uitgeput dreigen te raken door de voortdurende stijging van de kosten voor het landbouwbeleid. Dat was al in 1980 zo, toen de Europese top besloot, dat het Britse begrotingsprobleem zou moeten worden opgelost "door middel van structurele veranderingen", maar zonder de gemeenschappelijke financiële verantwoordelijkheid voor en de grondbeginselen van dit beleid in het geding te laten komen.

Er moest dus worden gezocht naar structurele veranderingen die fundamenteel de bestaande structuur onaangestast zouden laten, een in feite onmogelijke opdracht aan de Europese Commissie, die van begin af aan gedoemd was tot mislukking. Deze opdracht kon mislukken zonder fatale gevolgen door de toevallige omstandigheid dat door het prijsverloop op de wereldmarkt voor agrarische producten de kostenstijging in de jaren '81 en '82 voor de Europese landbouwpolitiek aanzienlijk lager uitviel dan geraamd was. Ondanks het uitblijven van hervormingen bleven hierdoor de uitgaven der gemeenschap beneden de fatale bovengrens. Aangezien de wal het schip niet langer keerde kon men doormodderen.

Nu kan dit niet langer omdat de kosten van het landbouwbeleid voor het lopende jaar aanzienlijk hoger uitvallen dan geraamd was, zodat aanvullende begrotingen nodig zijn, waardoor nu opnieuw de bovengrens van de beschikbare middelen dreigt te worden gehaald.

TEGEN DEZE ACHTERGROND moet het Commissievoorstel van begin mei worden gezien om meer eigen middelen ter beschikking van de gemeenschap te stellen. De commissie wil dit bereiken door het plafond van de afdracht van de BTW-opbrengst der ledenstaten aan Brussel te verhogen van 1 tot 1.4 procent. Op basis van de gegevens van 1983 zou de gemeenschap daardoor 5.5 miljard rekeneenheden (een rekeneenheid is ruim f 2.50) meer ontvangen.

Tegen deze denkbeelden is bezwaar gemaakt door het Duitse ministerie van financiën, dat alleen meer geld wil geven als er eerst maatregelen worden genomen om zo spaarzaam mogelijk met de middelen van de gemeenschap om te gaan. Een volstrekt gerechtvaardigde eis. Want de ervaring heeft geleerd dat het Europese landbouwbeleid door zijn structuur een bodemloze put is.

De Duitse spaardenkbeelden hebben met de voorstellen der commissie voor meer uitgaven als basis van de besprekingen gediend.

TENSLOTTE is men het in Stuttgart eens geworden over een agenda voor de verdere besprekingen. De regeringen hebben bovengenoemde problemen geïnventariseerd en aan de ministers van buitenlandse zaken, van financiën en van landbouw opgedragen in de komende maanden een reeks van compromissen voor te bereiden die op de volgende top, begin december in Athene, kunnen worden goedgekeurd. Lukt dit dan, wordt ook de terugbetaling aan Londen van 450 miljoen pond sterling voor het lopende jaar, waarmee mevrouw Thatcher in Stuttgart ten slotte genoeg heeft genomen, definitief.

Dit resultaat betekent dat de regeringsleiders een dreigende totale crisis in Stuttgart hebben weten te voorkomen waardoor de gemeenschap weer enig respijt heeft gekregen om alsnog de problemen op te lossen die zij sinds 1980 heeft laten liggen.

# Le Républicain

EST JOURNAL

## Lorrain

Date: 20 11 8

page: 2

### Gaston Thorn : Le programme de travail de Stuttgart doit être réalisé sans délai

« Nous avons évité une crise grave et nous devons préparer maintenant un nouveau départ », a déclaré le Président Thorn hier à Stuttgart, à l'issue des travaux du Conseil Européen. « Les problèmes ne sont pas définitivement résolus et il nous reste beaucoup à faire. Mais il est encourageant », a dit M. Gaston Thorn, « que face aux difficultés considérables qui auraient pu conduire à une désintégration de la Communauté, les chefs d'Etat et de gouvernement soient convenus de renforcer l'intégration et de relancer la Communauté. Personne n'attendait de miracle du sommet de Stuttgart et j'aurais souhaité pour moi davantage qu'un programme de travail. Nous avons cependant pris ensemble un certain nombre d'engagements qui vont dans la bonne direction », a ajouté M. Thorn.

Il a constaté que les dix gouvernements ont re-

connu la nécessité d'assurer le financement à long terme de la Communauté dans des conditions équitables, de développer de nouvelles politiques dans les secteurs définis, de renforcer avec rigueur les politiques existantes, y compris la politique agricole commune, et enfin de faire aboutir l'élargissement.

« Nous nous sommes également engagés à maintenir une négociation majeure par une procédure d'urgence s'inscrivant normalement dans le cadre communautaire, ce qui est très important à nos yeux », a souligné le président de la Commission.

« J'insiste enfin sur le fait que ces engagements doivent être tenus et les décisions prises au prochain Conseil Européen des 5 et 6 décembre à Athènes. Il n'y a véritablement plus de temps à perdre. Le temps aussi nous est compté », a conclu le chef de l'exécutif européen.

# Luxemburg pocht auf Status quo und kündigt Vorschläge für Dauerlösung an

Staatsminister Pierre Werner: Regierungschefs sollen Einhaltung ihrer Beschlüsse durch das Europa-Parlament überwachen / Luxemburger Memorandum über Verbesserung der Kommunikationen an EG-Regierung überreicht

von Joseph Lorent (Stuttgart)

Im Einverständnis mit dem Gipfelvorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, gab Staatsminister Pierre Werner am Samstag nachmittag in der Plenarsitzung des Europäischen Rates in Stuttgart im Zusammenhang mit der Annahme des Entwurfes einer europäischen Akte eine Erklärung zur Sitzfrage ab. Darin wurde unterstrichen, daß es sich zwar um ein Problem der Beziehungen zwischen den Institutionen, aber von besonderem Interesse für Luxemburg handele. Dessen allgemeine Tragweite betreffe jedoch alle Mitgliedsländer.

## Befugnisteilung in Frage gestellt

Besonders besorgt zeigte sich Premier Werner in seiner Intervention über die Bestrebungen des Europa-Parlamentes, systematisch die Autorität der Regierungen in der Sitzfrage und deren Entscheidungen über die provisorischen Arbeitsorte in Frage zu stellen. Eine solche Situation beinhalte nämlich, abgesehen von allen sofortigen Auswirkungen, die Gefahr einer Infragestellung der Aufteilung der Befugnisse, so wie sie die Abkommen sowohl in der Sitzfrage als auch in anderen Bereichen vorsehen.

## Luxemburg widersetzt sich Angriffen auf Status quo

Unmißverständlich teilte Staatsminister Pierre Werner den Regierungschefs der neun anderen EG-Staaten mit, daß Luxemburg sich weiterhin allen Angriffen auf die den Regierungen vorbehaltenen Befugnisse mit Nachdruck widersetzen und es nicht zulassen wird, daß insbesondere die Einpflanzung des EG-Generalsekretariates und seiner Dienststellen in Frage gestellt wird.

Weil der im März 1981 in Maastricht von den Regierungen in der Sitzfrage bestätigte Status quo aber immer wieder in Frage gestellt werde, habe Luxemburg sich veranlaßt gesehen, vergangene Woche das Europa-Parlament zum zweiten Mal vor den Europäischen Gerichtshof zu zitieren wegen einer Beschlußfassung, die eindeutig im Widerspruch steht zum Beschluß der EG-Regierungen von 1965 und zum Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 10. Februar 1983.

## „Alle Argumente zu gegebener Zeit“

Luxemburgs Regierungschef ließ ebenso keinen Zweifel daran, daß im Rahmen einer juristischen Überprüfung der Beziehungen zwischen den Institutionen und den Regierungen diese die Situationen unbedingt klären sollten, insofern sie in der Praxis Anlaß zu verschiedenartigen Auslegungen geben können. Dies sei beispielsweise der Fall bei der Diskussion über die Tragweite des Begriffes Status quo, so wie er 1981 in Maastricht zurückbehalten wurde.

Bedeutend gestärkt durch den Europäischen Gerichtshof in seiner Auslegung der vorangegangenen juristischen Vereinbarungen, jedoch auch unter Berufung auf die in den letzten 30 Jahren erworbenen historischen Rechte will Luxemburg zum gegebenen Zeitpunkt alle Argumente geltend machen, die im Interesse einer ebenso dauerhaften wie rationellen und politisch vertretbaren Lösung des Problems der EP-Sitzungs- und Arbeitsorte zu seinem Vorteil sind.

\* In diesem Sinne rief Pierre Werner die anderen Regierungspräsidenten auf, zu-

sammen mit Luxemburg die Einhaltung der Regierungsbeschlüsse durch das Parlament zu überwachen. Erleichtert werden könnte das Problem allein schon durch den (bis jetzt fehlenden) Willen des Europa-Parlamentes zum Dialog.

## Materielle Voraussetzungen werden verbessert

Wenngleich gewußt sei, daß Luxemburg im infrastrukturellen Bereich, mit Gebäuden und Dienststellen, gewaltige Anstrengungen unternommen habe, wolle es den anderen materiellen Problemen des Europa-Parlamentes auch größte Aufmerksamkeit schenken, erklärte Staatsminister Werner.

Durch eine wesentliche Verbesserung sämtlicher Kommunikationen, die mit der progressiven Inbetriebnahme neuer Spitzentechnologien möglich gemacht wurde, sei Luxemburg dabei, die anfänglichen Schwierigkeiten mit der Aufteilung der Orte bedächtig zu verringern.

Am vergangenen Mittwoch übermittelte das Außenministerium in Luxemburg übrigens den Botschaftern der EG-Staaten und den europäischen Institutionen ein detailliertes Dossier über die bereits in Angriff genommenen und noch beabsichtigten Lösungen in der Frage der Verbesserung der Kommunikationen.

Dieses 20 Seiten umfassende Dokument ruft in seiner Einleitung die institutionellen Voraussetzungen nebst ihrer Rechtsgrundlage und das darauf beruhende Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 10. Februar 1983 in Erinnerung.

Alle Mitgliedsländer werden aufgerufen, in enger Zusammenarbeit mit dem Europa-Parlament eine Gesamtüberlegung zur materiellen und funktionellen Verbesserung der Betriebsbedingungen zwischen den drei Arbeitsorten der EG-Institutionen anzustellen. In diesem Sinne schlägt Luxemburg als konstruktiven Beitrag einen Verbund für die Zugverbindungen und eine optimale Ausnutzung der bestehenden und die Schaffung neuer Möglichkeiten im Bereich der Telekommunikationen vor.

Neben Fahrplanänderungen zur Erhöhung der Kadenz werden im Bereich der Eisenbahnverbindungen eine Komfortsteigerung durch die Schaffung eines Pools mit Corail-Wagen sowie Arbeiten am Netz Brüssel-Luxemburg für insgesamt 8,6 Mrd. F genannt, um auf der ganzen Strecke eine Höchstgeschwindigkeit von 160 St./km, zu gewährleisten. Als billigere und kurzfristiger zu verwirklichende Alternative bietet sich der Einsatz von neuen Schnellwagen an, die zur Zeit in Schweden als Prototyp ausprobiert werden. Nicht ausgeschlossen wird auch die Einrichtung einer Busverbindung Luxemburg-Brüssel.

Viele Perspektiven für eine rationale und fortschrittliche Zusammenarbeit eröffnen sich auf dem Gebiet der Telekommunikationen mit dem Datennetz „Luxpac“ zum Austausch von Informationen zwischen Luxemburg, Straßburg und Brüssel, der für 1984 vorgesehenen Inbetriebnahme des Teletex-Dienstes, die Einrichtung eines dauernden Videokonferenz-Dienstes sowie der Ausbau des Videotex-Systemes und anderer Datenübermittlungsmöglichkeiten. Der Briefverkehr mit Brüssel und Paris soll durch den für Ende 1984 vorgesehenen Anlauf mit dem Datapost-Dienst in Luxemburg wesentlich beschleunigt werden, und zwar so, daß am Vormittag aufgegebene Briefschaften noch am selben Tag ihren Bestimmungsort erreichen.

## „Das Vertrauen in die Rechtsregeln wahren“

Schlußfolgernd rief Pierre Werner dazu auf, in der gegenwärtigen schwierigen Zeit alle Anstrengungen zu unternehmen, um der Gemeinschaft Kontroversen zu ersparen, die das Vertrauen in die Achtung von Rechtsregeln unterhöhlen und die Spannungen in den Beziehungen zwischen den EG-Institutionen und den Regierungen weiter verschärfen.

Datum: 20.11.83 Seite: 3

Sauremburger BSB Dr

## EF's dobbeltsejr

**T**O SEJRE har EF vundet i forbindelse med topmødet i Stuttgart: en over sig selv ved at komme så *relativt* langt med løsningen af De Ti's finansielle problemer, og en over den danske Folkebevægelse mod EF, der ikke alene tabte kampen om unionserklæringen, men tabte den så grundigt, at det uden tvivl vil få EF-tilhængerne til at kæmpe helt anderledes offensivt i det kommende års debat op til EF-valget.

Umiddelbart virker de konkrete resultater af tre dages intense drøftelser, hvor der stort set kun var eet emne på dagsordenen, små og ukonkrete: Nogle forholdsvis vage principper og en tidsramme for de videre forhandlinger. Men i EF-sammenhæng er det alligevel ret usædvanligt. Fællesskabet plejer altid at løse sine problemer længe efter den dato, alle er enige om er absolut sidste frist - tænk bare på januar månedens fiskerikrig. Det er derfor usædvanligt, at De Ti er så enige som tilfældet var, på så tidligt et tidspunkt - EF's pengekasse løber først *for alvor* tør til næste år - og det er også usædvanligt, at så mange skiftede holdninger så meget i løbet af et topmøde. Mange kæpheste blev opgivet, og selv om der utvivlsomt dukker nye op i løbet af de videre forhandlinger, er meget nået.

I næsten alle tilfælde stod Storbritannien helt isoleret, og armen blev vredet eftertrykkeligt om på den britiske premierminister, der længe har blokeret for en langsigtet løsning. Selv om hun kæmper videre til den bitre ende, står Margaret Thatcher betydeligt svagere i fremtidige forhandlinger, fordi »hendes pengeproblem« blev kædet effektivt sammen med den langsigtede løsning af de finansielle problemer.

Men i det hele taget plejer der ikke at komme noget som helst konkret ud af EF-topmøder, så Stuttgart-mødet er alene af den grund usædvanligt. Det vil være naivt at tro, at problemerne nu nærmer sig en løsning, og i EF gælder mere end de fleste andre steder princippet om, at det, der *kan* gå galt i en forhandling, vil gøre det. Der er en lang og sej vej til en fiks og færdig finansieringsreform, men ved at rydde så mange store sten af vejen i Stuttgart, viste EF-landenes ledere en forhandlings- og kompromisvilje, der ikke er set længe. Sammenlign for eksempel resultatet med det, der kom ud af det stort anlagte møde i Williamsburg i sidste måned.

**O**NDE TUNGER sagde søndag, at de danske EF-modstandere egentlig burde være glade for den vedtagne Stuttgart-erklæring. For skal man tage modstandernes argumenter alvorligt, er bevægelsen nu kommet et væsentligt skridt nærmere en ny folkeafstemning om EF. Går den politiske integration lige så hurtigt, som modstanderne hævder, den vil, og har erklæringen den store betydning, som modstanderne tillægger den, vil en egentlig unionsakt være næste naturlige skridt på vejen. Og det vil - trods alt - ikke ske uden en folkeafstemning!

Realiteterne er dog noget anderledes. Det er rigtigt, at erklæringen er endnu et skridt på vejen mod europæisk integration, og den vil helt sikkert også blive brugt til at inddrage nye områder af samfundet, for eksempel kulturpolitikken, i EF-samarbejdet. Men der er *ikke* tale om noget stort spring fremad. Der er tale om et par meget små skridt - EF-integrationisterne har fået skåret endnu et par skiver af pølsen i deres salamitaktik. Det er i sig selv beklageligt, men råbene om »ulven kommer« og »grundlovsbrud« er skudt langt over målet.

**P**LANNERNE OM at vedtage en politisk erklæring har været kendt længe, og alligevel tabte Folkebevægelsen mod EF slaget omkring den i Danmark. Ja, faktisk var der *ikke rigtigt* tale om et slag overhovedet, og der er to ret bemærkelsesværdige ting i den forbindelse.

Den ene er, at det ikke i nævneværdigt omfang lykkedes Folkebevægelsen at mobilisere nogen *aktiv* modstand mod erklæringen, hverken i befolkningen som sådan eller i bevægelsens egne rækker. Den anden ting er den socialdemokratiske holdning: De forskellige forbehold til dele af teksten skulle fastholdes, men ellers var der total tilslutning til regeringens dispositioner. Samt larmende tavshed fra partiets egne »EF-skeptikere«, både dem i Folketinget og f.eks. Ove Fick, der blev valgt ind i EF-parlamentet på en stærkt kritisk holdning.

Når man tager i betragtning, i hvor høj grad Socialdemokratiet har »nymarkeret« sit standpunkt i f.eks. raket-spørgsmålet, og hvordan partiet ikke forsømmer selv den mindste lejlighed til på udenrigspolitiske spørgsmål at chikanere regeringen i almindelighed og udenrigsministeren i særdeleshed, er den ukritiske holdning til erklæringen markant. Og uden kritiske socialdemokrater er Folkebevægelsens muligheder for politisk pression nul og niks.

Folkebevægelsens manglende mobiliseringssevne tyder på, at den har råbt »Ulven kommer« og »grundlovsbrud« lidt for ofte, og så har passiviteten meldt sig. Selv om opinionstallene stadig viser en konstant stor og omfattende EF-modstand, så kan denne modstand ikke mere bruges til noget, når det virkelige gælder. Hvad bevægelsen jo mente, det gjorde denne gang.

Disse ting tilsammen giver EF-tilhængerne en særdeles god udgangsposition for at sætte en offensiv ind. Ikke ved at køre frem med de store, højtravende idealer og visioner (som alligevel er uden hold i virkeligheden) men ved stille og roligt at begynde at argumentere åbent og pågående om det rimelige og givtige i at øge EF-samarbejdet på en række konkrete punkter.

Det er præcis denne udvikling, der har fundet sted i Storbritannien under den konservative regering, og det vil være mærkeligt, hvis tilhængerne ikke udnytter den lammede modstandsånd til at påbegynde det samme her i landet. I Storbritannien har resultatet nu vist sig: sidste meningsmåling gav 53% tilhængere og 35% modstandere.

Tiden frem til parlamentsvalget om næsten præcis et år kan meget vel vise, at Danmark begynder at gå den samme vej.

Bj.



## BERLINGSKE TIDENDE

# Ingen jubel i EF

Forbundskansler Helmut Kohl afsluttede meget nøgternt sin del af det tyske formandskab i EF i går med at sige, at der ingen grund var til jubel over topmødet i Stuttgart. Men hvis der i stedet var plads til lidt tysk skuffelse, må det være fordi håbene blev sat for højt op, da de tyske ministre afløste de danske i formandsstolene ved årsskiftet. Tyskerne havde sat sig for, at deres halvår skulle bringe det politiske og økonomiske samarbejde lange skridt frem: den europæiske union skulle igen kunne skimtes i det fjerne, når regeringscheferne rejste sig fra forhandlingsbordet i Stuttgart. Men en formand er ikke mere end en formidler i det europæiske samarbejde. Han kan ikke dirigere den europæiske koncert. Og det ene formandskab giver ikke meget mere end det andet, fordi helheden er nogenlunde den samme fra halvår til halvår.

Topmødet i Stuttgart var ikke så ringe endda, selv om der ikke var noget at juble over. Alle fik noget med hjem, og ingen fik for meget, selv ikke Mrs. Thatcher. Hun fik lovning på, at hun vil få penge igen også i år, men ikke så mange som de tre foregående år og ikke på bordet, før der er gjort et ihærdigt forsøg på at nå enighed om de langsigtede betalingsprincipper inden næste topmøde.

Der er ingen garanti for, at forsøget vil lykkes. Erklæringen fra Stuttgart om den fremtidige finansiering er ikke mere bindende end Den højtidelige Erklæring om den europæiske union; begge dele er hensigtserklæringer, og hensigterne er gode nok, men vanskelighederne kan være store. På topmødet i København i december blev det vedtaget at liberalisere Fællesskabets interne marked inden mødet i Stuttgart, men det hørte man ikke meget om dernede. Topmødet i Athen til december vil næppe heller få forelagt en fiks og færdig plan for fremtiden, selv om udenrigs- og finansministre nu skal danne et særligt fællesråd til opgaven.

Erklæringen om den europæiske union blev vedtaget og undertegnet og behængt med så mange forbehold og dissenser, at der måtte en særskilt tysk erklæring til at forklare, hvor vigtig den dog er. Vedtagelsen af den var blevet en nødvendighed i sig selv, med de prestiger der efterhånden var blevet investeret i den, men den ændrer ikke noget ved den europæiske virkelighed. Den tvinger ikke nogen til noget, og de mål, den sigter mod temmelig forgæves, ville kunne nås uden erklæringer, hvis der var enighed om dem.



Date: 20.12

page: 4

# FitzGerald welcomes EEC summit outcome

From IRISH PRESS Political Correspondent, MICHAEL MILLS

**THE outcome of the meeting of heads of government of the E.E.C. was welcomed here in Stuttgart yesterday by the Taoiseach, Dr. FitzGerald, as "of major importance" for the Community.**

He believes that the debate on the future financing of the Community has produced a formula which, despite British reservations expressed after Mrs. Thatcher gained the British of £540 million, will inevitably result in an increase in the Community's "own resources."

A final decision to raise the present levy of 1 per cent on imports will be taken in the light of a report from the Commission on the actual financial needs of the Community and the possible savings that can be made.

The Commission will examine the Common Agricultural Policy in the context of possible savings, but the Taoiseach said he was pleased at the support he had received from other leaders in defending the fundamentals of the CAP.

He contrasted it with the London "summit" two years ago when he was practically on his own in defending the CAP.

Ireland, he said, had ensured that the CAP would be examined under specific guidelines and that proposals such as a super

levy on milk production and more stringent prices had been deleted.

This did not guarantee they would not be re-introduced, but Ireland would then be able to draw attention to the guidelines set by the Council.

"The battle lines have been drawn," he said, "but the battle has still to be fought. We have to be vigilant on the measures and on their applicability to Ireland."

## Wrangling

Several times during the 30-hour debate it looked as if no progress would be made. The rebate being sought by the British Prime Minister had become interlinked with the need to increase the Community's "own resources" and both of these issues also held up the signing of the Genscher-Colombo Declaration on Political Co-operation, because many of the leaders did not see much point to signing such a declaration while they were wrangling among themselves over financial matters.

In the end, the solution was something of a compromise with Mrs. Thatcher getting £540 million, about £200 million less than she was seeking, and her agreement to the Commission's study of the Community's future financial needs.

British sources were careful to point out, however, that Britain would not necessarily be tied by the Commission's findings.

But Dr. FitzGerald's view was that the Community was inevitably moving towards an increase in the 1 per cent levy.

The Council could have produced a negative result which would have been extremely damaging, he said, but the outcome was successful and very worthwhile.

It had opened the way ahead on "own resources," something he had not expected in recent months.

be resolved. Dr. FitzGerald said it could cost Ireland a small amount, but he had entered "a marker" as one of the less well-off countries of the EEC.

The Council discussed the situation in Poland, pointing out that at the moment when Pope John Paul was visiting the country the peoples of the Community were linked by strong ties of solidarity with the people of Poland.

In relation to Central America the Council said the problems of the region "could not be resolved by military means, but only by a political solution springing from the region itself and respecting the principles of non-interference and inviolability of frontiers."

Dr. FitzGerald has invited the West German Chancellor, Mr. Helmut Kohl, to Ireland. The visit will be arranged for next autumn.

The British Government was in agreement on the need to examine the problem in the context of an enlarged Community and of new policies.

Ireland had no complaints, he said, in relation to the outcome and the criteria set out for examining financial policy. The guidelines on CAP gave us a basis from which to argue and made it more difficult for others to argue against us. The framework was set in a favourable way.

On youth unemployment, the council again expressed "profound concern" at the fact that 4½ million young people in the Community are without jobs, but it welcomed the reform of the Social Fund which will allow a high priority to be given to the fight against youth unemployment.

The Council also expressed the need for work to continue on the removal of "various forms of distortion of competition that still exist in the Community," including trade barriers in the form of differences between national standards as well as in the services sector.

This section was specifically included at Ireland's insistence in the light of complaints by the Irish Government at unfair methods of competition being used by some other countries in the EEC.

Britain and France are regarded as the worst offenders of a system that enables them to offer state and public authority contracts as an inducement to attract foreign investors.

The question of how the repayment of £540 million is to be made to Britain remains to

Date: 20 2 83

page: /

## Council averts division threat

From Dennis Kennedy and Colm Boland, in Stuttgart

THE three-day European Council that threatened division and disaster ended yesterday afternoon with a modest degree of success, and effusive praise for West Germany's Chancellor Helmut Kohl and his handling of the meeting.

In the end Mrs Thatcher got her refund on Britain's contribution to the 1983 EEC Budget, and the Community moved forward towards reform of its own financing, and towards an increase in its "own resources" system of funding its Budget.

But the summit stopped short of clear approval in principle that "own resources" must be increased. Instead it agreed a "special emergency procedure" under which Foreign Ministers, Finance Ministers and others will hold a

Chancellor Helmut Kohl is to pay an official visit to Ireland later this year, probably in October. The invitation was extended yesterday by the Taoiseach, Dr FitzGerald, who also paid tribute to the West German leader's handling of the summit.

series of councils in the autumn to prepare a plan that will be considered at the Athens summit in December and which will, in the words of the Stuttgart Council, "provide a solid basis for the further dynamic development of the Community over the remainder of the decade."

Agreement on this procedure was deemed sufficient to allow the signing of the solemn declaration on European union — the Genscher-Colombo plan — as the final act of the Stuttgart summit, and also to allow payment of a £450 million (Stg) rebate to Britain.

At her press conference Mrs Thatcher insisted that agreement to the emergency procedure did not prejudice the question of own-resources. "We would be prepared to consider an increase in own resources provided there were effective limitations on agricultural expenditure, and on other policies."

Dr FitzGerald, normally a severe critic of European councils, almost purred with pleasure at what he called the successful conclusion of a very worthwhile council. The road ahead to new "own resources" had been

opened in a way he had not expected. The British Government had been able to agree to an examination of the question of own resources in the context of new EEC policies and enlargement, and other factors that made it quite evident that the need was there for new resources. The examination, he said, was bound to yield a positive result.

The special meetings under the emergency procedure decreed by the summit will deal with Community finances under a series of headings. There will be a critical examination of the Common Agricultural Policy under guidelines agreed in Stuttgart: a consideration of new policies in areas such as research, youth employment and environment and a look at the general effectiveness of existing policies apart from agriculture. The cost of enlargement to include Spain and Portugal will also be a factor.

The object of the whole exercise, according to declaration at the end of the Stuttgart meeting, is two-fold: to secure the financing of Community policies and actions

and their further development, allowing for the costs of Spanish and Portuguese accession "while exhausting all possibilities for savings," and also to agree measures which "will avoid the constantly recurrent problems between the member States over the financial consequences of the Community's Budget."

This would mean averting the bankruptcy this year or next that the European Commission has said is inevitable if the 1 per cent limit on the VAT element in EEC revenues is not raised. It would also, it is hoped, end the "British problem".

Dr FitzGerald said that at the summit the pressure on the Common Agricultural Policy had been greatly reduced. There had been striking support for it from many delegations, and they had been able to eliminate from the mandate given for examination of the policy a number of features that might have been negative, and had included elements that were very positive.

For instance, references to "limitations on spending", intensification of producers co-responsibility, a super-levy, had

all been removed. All this had been very satisfactory. The mandate set the criteria for the examination of the CAP, and would provide a favourable basis from which Ireland could argue its case, though it did not mean that any proposals were excluded.

But the IFA's Brussels representative, Mr John Smith, said in Stuttgart that the summit had placed too much emphasis on cutting back expenditure on the CAP and had given away the British rebate without any indication that Britain would tone down its attacks on the CAP.

In fact Mrs Thatcher settled for just over half of the £800 million (Stg) rebate she had originally claimed. The £450 million (Stg) she received, however, means that over four years, Britain has received approximately the two-thirds refund it had sought.

One problem remains, however, and that is the role of the European Parliament, which earlier this year warned that it would not sanction any further rebate to Britain. The parliament will still have to approve this latest move.

# ΜΕΣΗΜΒΡΙΝΗ

## Πιό Δυτικός τώρα ό κ. Α. Παπανδρέου

Περισσότερο Δυτικός από κάθε άλλη φορά εμφανίσθηκε χθές ο κ. Παπανδρέου (άφου ο κ. Δ. Μαρούδας είχε διευκρινίσει ότι θα δώσουμε τη μάχη μας μέσα στην ΕΟΚ...) τόσο στην τελική συνεδρίαση του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου (Διάσκεψη Κορυφής της ΕΟΚ) όσο και κατά τη σύντομη συνάντησή του, στο αεροδρόμιο του Έλληνικού, με τους Έλληνες δημοσιογράφους που τον συνόδευαν στη Στουτγάρδη. (Ο κ. Πρωθυπουργός άφησε, όμως και πάλι ανοικτό το θέμα της καταλήξεως του ελληνικού μνημονίου...).

ΕΚΕΙ συμφώνησε, μαζί με τους άλλους έν-  
νεα στη συμβιβαστική πρόταση, για την απο-  
δοχή του αίτηματος της κ. Θάτσερ να επι-  
στραφούν στη Βρετανία 750 εκ. Ε.Λ.Μ. (Ευ-  
ρωπαϊκές Λογιστικές Μονάδες). Επίσης, λί-  
γες ώρες αργότερα υπέγραψε τη διακήρυ-  
ξη Γκένσερ - Κολόμπο ζητώντας μόνο να κα-  
ταχωρηθεί μία δήλωσή του στα πρακτικά κα-  
τά της απλουστεύσεως της διαδικασίας στη  
λήψη αποφάσεων, στις διασκέψεις των ύ-  
πουργών.

ΣΤΟ αεροδρόμιο εξέφρασε περίπου τον  
ένθουσιασμό του που σε λίγες ημέρες η χώ-  
ρα μας αναλαμβάνει την προεδρία της ΕΟΚ  
και την έλπιδα του ότι κατά τη διάρκεια του  
εξαμήνου αυτού ο ρόλος μας θα είναι πολύ  
ουσιαστικός. Τώρα υπάρχουν λίγες αλλαγές  
στη σκέψη και την τοποθέτηση και των άλ-  
λων κοινοτικών εταίρων «και έτσι έξηγείται

τό γεγονός ότι έμεις δεχθήκαμε να προε-  
δρεύσουμε της Κοινότητας αυτό το εξαμή-  
νο! (Σ.Σ. Άλλα είχαμε αποδεχθεί την προε-  
δρία από τις αρχές του έτους και βέβαια πολ-  
λούς μήνες πριν ο ίδιος χαρακτηρίσει τη συ-  
νάντηση των 7 στο Ουίλλιαμπεργκ «Λυκο-  
φωλιά» ξεχνώντας φαίνεται δι στη «λυκοφω-  
λιά» μετέχουν και οι τρεις μεγάλοι της ΕΟΚ  
Γερμανία, Βρετανία, Γαλλία).

Τά δύσκολα προβλήματα που είχαν να άν-  
τιμετωπίσουν οι Δέκα στη Στουτγάρδη και τά  
όποια την κατέστησαν μία από τις «σκληρό-  
τερες συναντήσεις» περνούν τώρα στην έλ-  
ληνική προεδρία, άν και για μερικά σημειώ-  
θηκαν βήματα προόδου (δίπως στο θέμα του  
προϋπολογισμού) που θα βοηθήσουν πιθα-  
νότατα στην εξεύρεση μιας λύσεως τον Δε-  
κέμβριο, στη νέα Σύνοδο των Δέκα στην Ά-  
θήνα.

Όσον αφορά στο ελληνικό μνημόνιο ό-  
πως είπε χθές στο αεροπλάνο ο Πρωθυ-  
πουργός ή Σύνοδος των «Δέκα» υιοθέτησε  
μία δήλωση που Ισοδυναμεί με την έκφραση  
της πολιτικής βούλησης των χωρών - μελών  
να δούν τό ελληνικό πρόβλημα σε μία βάση  
που να επιτρέπει την αυτόδύναμη οικονομι-  
κή ανάπτυξη.

Πάντως ό κ. Παπανδρέου απέφυγε να έκ-  
φράσει αισιοδοξία ότι τό ελληνικό θα προω-  
θηθεί και κατά τό εξαμήνο της δικής μας  
προεδρίας. Και στη δήλωσή του προς τους  
δημοσιογράφους τόνισε ότι δέν μπορεί να  
προβλέψει ότι θα τελειώσει έντός του εξα-  
μήνου Ιουλίου - Δεκεμβρίου...

### Τήν ευρωπαϊκή ένότητα διεκύρηξαν οι «10» της Κοινότητας

Στουτγάρδη, 20

Τήν έμμονή τους, στην ιδέα της δημιουργίας μιας ενωμένης Ευρώπης -  
«πράγμα που καθίσταται όλο και περισσότερο αναγκαίο για να αντιμετωπι-  
σθούν οι κίνδυνοι της διεθνούς καταστάσεως» - διακήρυξαν οι ήγέτες των  
10 χωρών της Ευρωπαϊκής Οικονομικής Κοινότητας στη διάσκεψη κορυφής  
που τερματίσθηκε χθές στη Στουτγάρδη. Όπως μεταδίδει τό πρακτορείο  
«Ασοσιαϊντεντ πρές» ή Κοινή Άγορά απέφυγε τήν κρίση με μία συμφωνία  
στις γενικές κατευθυντήριες γραμμές για ένα νέο πρόγραμμα χρηματοδο-  
τήσεως και με τήν ύπογραφή μιας διακηρύξεως για «μεγαλύτερη ευρωπαϊ-  
κή ένότητα»!

Στόχοι της διακηρύξεως είναι ή ανάπτυξη  
στενότερης πολιτικής συνεργασίας μέσω έν-  
τατικών διαβουλεύσεων συμπεριλαμβανομέ-  
νου και του συντονισμού των θέσεων των  
χωρών μελών επί πολιτικών και οικονομικών  
πλευρών της ασφαλείας.

Όρισμένοι παρατηρητές έρμηνευσαν τήν  
αναφορά αυτή σαν ένα μικρό βήμα προς τήν  
απόκτηση άμυντικών διαστάσεων από τήν  
Κοινότητα. Άξιωματούχοι όμως της ΕΟΚ έ-  
σπευσαν να ύπογραμμίσουν ότι ή Κοινότη-  
τα δέν έχει καμιά πρόθεση να αναλάβει ό-  
ποιαδήποτε από τις δραστηριότητες του  
ΝΑΤΟ.

Η διακήρυξη επιδιώκει επίσης να κατα-  
στήσει περισσότερο εύελικτη τή διαδικασία  
της ψηφοφορίας ή όποια σήμερα βασίζεται  
στην αρχή της ομοφωνίας επιτρέποντας έ-  
τσι στις χώρες μέλη να άσκούν τό δικαίωμα  
του βέτο. Καί καταλήγει με τόν προγραμμα-  
τισμό δύο «γενικής αναθεωρήσεως», μέσα  
στα έρχόμενα πέντε χρόνια, της προόδου  
προς τήν κατεύθυνση της ένοποιήσεως της  
Ευρώπης, προβάλλοντας για τότε τήν πιθα-  
νότητα συνάψεως ενός «συμφώνου για τήν  
ένωση της Ευρώπης».

Σχολιάζοντας τά άποτελέσματα των έργα-  
σιών της διασκέψεως ό καγκελάριος της Ο-  
μοσπονδιακής Γερμανίας κ. Χέλμουτ Κόλ δη-  
λωσε-ότι όρισμένοι από τους συμμετάσχον-  
τες θα αντιμετωπίσουν έντονη κριτική μετά  
τήν επιστροφή τους στις χώρες τους, «άλλά  
όλοι βρισκόμασταν εδώ για να κάνουμε θυ-  
σιές και να επιτύχουμε μία συμφωνία».

Ο Γάλλος πρωθυπουργός κ. Πιέρ Μω-  
ρουά είπε ότι ή διάσκεψη ήταν ιδιαίτερα «βύ-  
σκολη και σκληρή» όπως και ότι «άρκετες  
φορές βρεθήκαμε κοντά στη διάλυση». Ο ύ-  
πουργός Έξωτερικών της Γαλλίας κ. Κλωντ  
Σευσόν ανέφερε ότι τό Σάββατο ό καγκελά-  
ριος Κόλ έκανε έκκληση για τή συνέχιση των  
διαπραγματεύσεων λέγοντας ότι «οι νέοι  
στόχοι δρόμου δέν πρόκειται να καταλά-  
βουν» μία ένδεχόμενη άποτυχία της  
διασκέψεως.

Η πρωθυπουργός της Μ. Βρετανίας κ.  
Μάργκαρετ Θάτσερ δήλωσε ότι ή χώρα της  
κέρδισε τή μάχη για τήν απάλειψη των ανα-  
φορών τόσο στο ποσό όσο και στο χρόνο ό-  
ποιασδήποτε αύξησεως στα έσοδα του  
προϋπολογισμού, λέγοντας χαρακτηριστικά  
«και οι δύο παράγραφοι έφυγαν - καπούτε».

# Η ΚΑΘΗΜΕΡΙΝΗ

Date : 20.6.73

page : 1

ΜΕ ΠΟΛΥΣΗΜΑΝΤΗ ΔΗΛΩΣΗ, ΕΝ ΟΨΕΙ ΤΗΣ ΑΝΑΛΗΨΕΩΣ ΤΗΣ ΠΡΟΕΔΡΙΑΣ ΤΗΣ Ε.Ο.Κ. ΑΠΟ ΤΗ ΧΩΡΑ ΜΑΣ

## Ο κ. Α. Παπανδρέου διαβεβαίωσε τους „Δέκα„ γιά τήν προσήλωσή του στην Ευρωπαϊκή Ιδέα

ΥΠΟ ΤΟΝ ΟΡΟ ΟΤΙ ΔΕΝ ΘΑ ΤΕΘΟΥΝ ΦΡΑΓΜΟΙ ΣΤΟ ΔΙΚΑΙΩΜΑ ΔΙΑΜΟΡΦΩΣΕΩΣ ΑΥΤΟΝΟΜΗΣ ΠΟΛΙΤΙΚΗΣ

ΣΤΟΥΤΓΑΡΔΗ.— Με μία θερμή δήλωση υπέρ της ΕΟΚ και της υπογραμμισμένης του σημαντικού ρόλου της ο πρωθυπουργός κ. Α. Παπανδρέου κήρυξε έμμεσα χθές στη σύνοδο κορυφής της Στουτγάρδης τον τερματισμό της ελληνικής αμφισβήτησης απέναντι στην κοινότητα. Τα ελληνικά αιτήματα ο κ. Παπανδρέου τά ενέταξε στα πλαίσια μίας αναπτυσσόμενης και συνεργαζόμενης Κοινότητας και χαρακτήρισε τις ειδικές ρυθμίσεις που προτείνει η επιτροπή σε απάντηση του μνημονίου ως εβει-

κά σημεία έστω κι αν είναι το ελάχιστο δυνατό που περιμένουμε. Ο κ. Παπανδρέου μίλησε χθές στη σύνοδο κορυφής της Στουτ-

*Τού απεικονισμένου μας  
στη Στουτγάρδη,  
ΚΩΣΤΑ ΚΕΚΗ*

γάρδης ως ο αυριανός πρόεδρος της Κοινότητας — η ελληνική προεδρία αρχίζει τον Ιούλιο — και έδωσε διαβεβαιώσεις ότι η κυβερ-

νηση θα καταβάλει κάθε προσπάθεια αναπτύξεως της Κοινότητας ζητώντας τη στενή συνεργασία των άλλων κυβερνήσεων και της επιτροπής για μία δημιουργική προεδρία.

Ο πρωθυπουργός κ. Παπανδρέου έκανε αυτές τις δηλώσεις συνδέοντας την ασυμφωνία των ηγετών των «Δέκα» στο θέμα της αμείωσης των ιδίων πόρων της Κοινότητας με την συζήτηση του σχεδίου Γκένσερ — Κολόμπο για διεύρυνση της πολιτικής συνεργασίας της ΕΟΚ.

Το σχέδιο αυτό όμως δεν ήταν γνωστό αν θα υπεγράφετο ως χθές το βράδυ καθώς η σύνοδος δεν είχε προχωρήσει σε ουσιαστική συζήτηση μέχρι χθές το απόγευμα και ο πρόεδρος Μιττεράν θα αναχωρούσε από τη Στουτγάρδη για το Παρίσι.

Έτσι μέχρι το απόγευμα γίνονταν ανεπίσημες συζητήσεις στα παρασκήνια της συνόδου για το σχέδιο Γκένσερ — Κολόμπο — για το οποίο η ελληνική πλευρά έχει επιφυλάξεις.

### Η ΟΜΙΛΙΑ ΤΟΥ ΠΡΩΘΥΠΟΥΡΓΟΥ

Ο κ. Παπανδρέου μιλώντας χθές το βράδυ στην Σύνοδο κορυφής των «Δέκα» στην Στουτγάρδη και αναφερόμενος στις προσπάθειες που καταβάλλονται για την εξεύθυνση κοινών θέσεων, πεδίων ενεργειών και της ενίσχυσης του ρόλου και της φωνής της Ευρώπης τοποθετήθηκε θετικά με την κατηγορηματική όμως δήλωση ότι με κανένα τρόπο η διακήρυξη της δούλησης των Ευρωπαίων ηγετών στην κατεύθυνση της ενοποίησης της Ευρώπης δεν μπορεί να δώσει κανένα φραγμό στο δικαίωμα μίας χώρας να διαμορφώνει τα σημαντικά θέματα της εξωτερικής της πολιτικής αυτόνομα.

Συγκεκριμένα η δήλωση του Πρωθυπουργού προς τους Ευρωπαίους ηγέτες έχει ως εξής:

«Για την προσπάθεια εξεύθυνσης κοινών θέσεων, για την προσπάθεια διερεύνησης πεδίων συνεργασίας, για την ενίσχυση του ρόλου και της φωνής της Ευρώπης λέμε εναντίον στην προσπάθεια αλλά με την κατηγορηματική δήλωση, δήλωση που επιθυμώ να γραφτεί στα πρακτικά ότι:

— Με κανένα τρόπο η διακήρυξη αυτή δεν δίνει φραγμό στο δικαίωμα μίας χώρας να διαμορφώνει τα σημαντικά θέματα της εξωτερικής της πολιτικής που θεωρεί η ίδια ότι ανταποκρίνεται σε ζωικά της συμφέροντα.

— Υπάρχει όμως και ένα άλλο σημείο που θεωρώ πολύ σημαντικό, πώς η υπογραφή της διακήρυξης αυτής (Σ.Σ. η αναφορά είναι για το σχέδιο Γκένσερ — Κολόμπο) σ' αυτήν την Σύνοδο, έχει έννοια μόνο αν και άλλες αποφάσεις που θα πάρουμε είναι στο πνεύμα της, αν υπάρχει κάποια μορφή έναρξης της εφαρμογής της.

Η αποτυχία μας στα άλλα θέματα, συγκαλυμμένη ή όχι, μας εκθέτει και δεν διατάζω να πω ότι οι προτάσεις για τα προβλήματα χρηματοδότησης της Κοινότητας αποτελούν όπως έχουν, όχι πρόοδο προς την ευρωπαϊκή ένωση, αλλά οπισθοδρόμηση.

Αν δεν μπορούμε να λύσουμε σήμερα όλα τα προβλήματα, το ελάχιστο που επιβάλλεται είναι να τα προσδιορίσουμε στην αλληλεξάρτησή τους και να εκφράσουμε την πολιτική βούληση επίλυσής τους με συγκεκριμένες διαδικασίες.

Τα προβλήματα αυτά συμβαίνει να συμπέσουν με την πορεία μας. Είμαστε έτοιμοι να παίξουμε τον ρόλο μας και ανοικτοί στις προτάσεις όλων σας. Πιστεύουμε, πάντως, ότι για να γίνει σοβαρή δουλειά χρειάζεται εντατική προετοιμασία αρκετού

χρόνου, ώστε να προταθούν λύσεις στην διάσκεψη των Αθηνών τον Δεκέμβριο.

Θεωρούμε αυτονόητο ότι στην προετοιμασία αυτή η Κομισιόν θα συμμετάσχει, όπως πάντα δημιουργικά, ασκώντας τις αρμοδιότητες και πρωτοβουλίες που προβλέπουν οι συνθήκες.

#### Η ΚΑΤΑΝΟΜΗ ΤΩΝ ΠΟΡΩΝ

Στη συνέχεια ο κ. Παπανδρέου τόνισε ότι υπάρχει ανάγκη ορθολογικότερης χρησιμοποίησης των πόρων, αλλά ταυτόχρονα δήλωσε ότι η Κοινότητα δεν μπορεί να προχωρήσει χωρίς αύξηση των ιδίων πόρων.

Τόνισε ακόμα ότι υπάρχει το τεράστιο πρόβλημα των λιγότερο ανεπτυγμένων χωρών ή περιοχών της Κοινότητας, ότι υπάρχει το πρόβλημα της διευρύνσεως της Κοινότητας, το θέμα των Μεσογειακών προγραμμάτων, ότι υπάρχει η ανάγκη για ανάπτυξη στους τομείς έρευνας και τελικά το πρόβλημα των ανισοροπιών που υπάρχουν σήμερα και που πρέπει — όλες και όχι μερικές — να αντιμετωπισθούν στην πηγή τους.

Μιά από τις ανισοροπίες αυτές είναι και το ελληνικό θέμα που προβλήθηκε με το μνημόνιο.

Οι ειδικές ρυθμίσεις που προτείνει η Κομισιόν, ανέχισε ο πρωθυπουργός, έχουν, ασφαλώς, θετικά σημεία, έστω κι αν είναι το ελάχιστο δυνατό που περιμέναμε, έστω και αν το κατά πόσο είναι θετικά θα εξαρτηθεί από την έκβαση των συνομιλιών που διεξάγουμε μαζί της, όπως επίσης και από την έκφραση της πολιτικής σας βούλησης, που θα διατυπώσετε σ' αυτή τη Σύνοδο.

Τέλος, ο πρωθυπουργός τόνισε ότι οι ρυθμίσεις που προτείνονται τότε μόνο μπορούν να συμβάλουν στην ομαλή ένταξη της χώρας μας στην Κοινότητα, αν η ίδια η Κοινότητα αντιμετωπίσει το μέλλον της με το πνεύμα και τις αποφάσεις που ανέφερα προηγουμένως.

#### Ο ΠΡΟΫΠΟΛΟΓΙΣΜΟΣ

Οι μεγάλες αντιθέσεις των ηγετών των «δέκας» στο θέμα της αμείωσής του προϋπολογισμού της ΕΟΚ απασχόλησαν, μέχρι χθές, το απόγευμα, τη Σύνοδο κορυφής της Στουτγκάρδης. Οι «δέκας» αποφάσισαν να δώσουν προτεραιότητα στη συζήτηση και στην επίλυση του αιτήματος της κ. Θάτσερ για την επιστροφή μέρους της αγγλικής εισφοράς.

Η αύξηση του προϋπολογισμού και των ιδίων πόρων της Κοινότητας θα είναι πλέον θέματα την επίλυση των οποίων θα αναλάβει η ελληνική προεδρία.

Ο Γερμανός κυβερνητικός εκπρόσωπος αναγκάστηκε να παραδεχτεί χθες δημόσια την αδυναμία για επίτευξη συμφωνίας στα οικονομικά της κοινότητας και πρόσθεσε ότι τα θέματα αυτά θα τα επανεξετάσουν οι υπουργοί Εξωτερικών και Οικονομικών κατά τη διάρκεια της ελληνικής προεδρίας, ώστε να έχει βρεθεί κάποια οριστική λύση στη Σύνοδο της Αθήνας τον Δεκέμβριο.

#### ΜΕΓΑΛΕΣ ΑΝΤΙΘΕΣΕΙΣ

Οι ηγέτες των «δέκας» κατέβαλαν προσπάθειες για να επιτευχθεί αποτέλεσμα που να ικανοποιεί όλους. Αλλά οι αντιθέσεις ήταν μεγάλες, καθώς η Γερμανία

και η Αγγλία δεν δέχονταν την αύξηση των ιδίων πόρων της Ε.Ο.Κ. και ζητούσαν την μείωση των αγροτικών δαπανών.

Για να μη δοθεί η εικόνα της πλήρους ασυμφωνίας οι πρωθυπουργοί ανέθεσαν από χθές το πρωί στους υπουργούς Εξωτερικών να συντάξουν ένα κείμενο κοινής αποδοχής αλλά ταυτόχρονα να βρουν κάποια φόρμουλα συνεννοήσεως με την Αγγλία. Γιατί παρά τις μεγάλες αντιθέσεις όλοι οι ηγέτες αναγνωρίζουν ότι αν δοθεί η εικόνα της ασυμφωνίας, η ΕΟΚ δεν θα μπορεί να παίξει το ρόλο της μεγάλης οικονομικά ενωμένης δυνάμεως απέναντι στην Αμερική, την Ιαπωνία και τις ανατολικές χώρες. Και είναι πλέον κοινή πεποίθηση στην Κοινότητα ότι είναι καλύτερα οι «δέκας» να είναι ενωμένοι παρά να κάνει πολιτική ο καθένας μόνος του. Βέβαια αυτό σημαίνει και θυσιές για τις μικρές χώρες της Ε.Ο.Κ. γιατί, όπως ελέγχω από Δανό επίσημο, μετά το χθεσινό αδιέξοδο για αύξηση του προϋπολογισμού, οι μικρές χώρες θα εξακολουθήσουν να είναι τα μικρά αδέρφια των πλουσιών βιομηχανικών χωρών της ΕΟΚ.

Η αδυναμία συμφωνίας στα οικονομικά θέματα και κυρίως στο θέμα επιστροφής φόρων στην Αγγλία ανέτρεψε και την κατζέλα της συζήτησεως της συνοδού. Η αύξηση του προϋπολογισμού και των ιδίων πόρων — προϋποθέσεις απαραίτητες για την προώθηση νέων προγραμμάτων για τα οποία έχει μεγάλο ενδιαφέρον και η Ελλάδα — αποτέλεσε και το μοναδικό θέμα των συζητήσεων των δύο πρώτων ημερών της συνοδού.

#### Η ΒΡΕΤΑΝΝΙΚΗ ΑΣΙΩΣΗ

Η πρωθυπουργός κ. Θάτσερ έθεσε δυναμικά χθές το πρωί το θέμα της επιστροφής από την Κοινότητα μέρους της εισφοράς που καταβάλει στον προϋπολογισμό της ΕΟΚ.

Σύμφωνα με πληροφορίες, η κ. Θάτσερ όχι μόνο ζήτησε την επιστροφή μέρους της εισφοράς το 1983, αλλά απαίτησε η επιστροφή αυτή να επαναληφθεί και στον προϋπολογισμό του 1983, εφόσον οι «δέκας» δεν καταλήξουν σε κάποια οριστική ικανοποιητική λύση για την Αγγλία.

Ως γνωστόν, η Αγγλία καταβάλει το 16ο% του κοινοτικού προϋπολογισμού. Αλλά κυρίως η Γερμανία έχει αντίρρηση σε μία επιστροφή στο ύψος που ζητεί η κ. Θάτσερ, περίπου 85 δισ. δρχ. Γιατί αυτό, με τα σημερινά οικονομικά της Κοινότητας, θα σήμαινε σημαντική μείωση των κοινοτικών πόρων.

Από την άλλη πλευρά, χθές το πρωί οι υπουργοί Εξωτερικών, κατόπιν εντολής των πρωθυπουργών συνεδρίαζαν συνεχώς για να βρουν μία λύση στο αγγλικό αίτημα.

Όπως έγινε γνωστό από την πλευρά των «δέκας» γινόνταν η αντιπρόταση στην Αγγλία να πάρει, περίπου, μόνο 35 δισ. δρχ. ως επιστροφή από την κοινοτική εισφορά. Πράγμα, όμως, που απέρριψε η κ. Θάτσερ. Πιστεύεται όμως, ότι θα βρεθεί κάποια συμβιβαστική λύση μεταξύ των 85 δισ. δρχ. και αυτών που προτείνουν οι υπόλοιπες χώρες. Προϋπόθεση όμως για αυτή τη συμφωνία είναι η Αγγλία να άρει τις αντιρροήσεις που έχει για αύξηση των ιδίων πόρων.

20.VI. 1983

Date:

page: 1

By Axel Krause

*International Herald Tribune*

**STUTTGART** — Determined to avoid a major crisis, the 10 European Community leaders ended their summit meeting here Sunday by agreeing to grant Britain a large rebate on its budget contribution this year.

They also launched a six-month negotiation to resolve longer-range EC budgetary issues, including reductions in community farm spending.

During tense and difficult negotiations that began Friday and left many questions unresolved, Prime Minister Margaret Thatcher of Britain was widely regarded as a victor, mainly because of the rebate.

"I am very pleased with this weekend's work," Mrs. Thatcher said after the meeting, adding that "there were no figures on the table" when the talks began.

She said the figures started at 200 million European currency units and were gradually moved up to 750 million ECUs (about \$670 million).

Mrs. Thatcher said that based on the original 1980 agreement with the EC for rebates, the percentage specified was 65.9 percent of Britain's net contribution. She said the 750 million ECUs represented a 64.4 percent of Britain's 1983 contribution, which she termed "not bad."

The rebate is less than the refund of 1.1 billion ECUs Britain received last year and the 1.3 billion ECUs that Mrs. Thatcher was reportedly seeking for 1983.

Chancellor Helmut Kohl of West Germany, who was host at the meeting, hailed the results, particularly the agreement to seek long-range budgetary solutions as a triumph of "a spirit of solidarity" among the 10 leaders.

## Britain Wins Big Rebate On EC Budget Payment

In a separate declaration, the EC leaders said that "the problems of Central America cannot be solved by military means but only by a political solution springing from the region itself and respecting the principles of noninterference and inviolability of frontiers."

The statement, initiated by the Netherlands, represented the first time the EC has taken a strong stand on Central America and was viewed as a highly critical message directed at the Reagan administration's policies in the area.

The results of the budgetary talks will be submitted to the European Council summit meeting in Athens on Dec. 6, according to a final declaration of summit leaders.

This meeting will cover the future financing of the community, the development of EC policies, "with particular attention to the common agricultural policy," membership for Spain and Portugal in the community, and what the declaration describes as "particular problems of certain member states in the budget field."

The latter reference was viewed as referring mainly to British and West German contributions to the EC budget.

Specific proposals, particularly

with regard to limiting farm spending, including possible limiting of price guarantees and export refunds, will be submitted to the council by the EC Commission by Aug. 1, according to the declaration.

Stressing that "we have avoided a grave crisis," the president of the

EC Commission, Gaston Thorn, said after the meeting that he "would have wished for something more than a working program. But he said he was basically satisfied."

On other foreign policy questions, the leaders expressed their support for "a national reconciliation" in Poland that takes "full account" of the nation's "aspirations."

The summit leaders stressed support for European disarmament talks in Madrid. On the Middle East, they urged "complete and prompt withdrawal of foreign forces from Lebanon, except for those whose presence may be requested by the Lebanese government."

The EC leaders signed a "solemn declaration on European unity," a renewed but vague commitment to strengthen European political and economic cooperation, including the European monetary system.

Many key issues, primarily related to the EC budget, remained unresolved, and there were widespread expectations that tough bargaining faced EC leaders in the weeks ahead. For example, the payment of Britain's rebate, in the view of the French and EC officials from other nations, was based on

Mrs. Thatcher's willingness to cooperate in the emerging negotiations.

Prime Minister Pierre Mauroy said France was satisfied with the conference but that the rebate payment and agreement on longer-range policies, including raising increasing EC value-added taxes, were linked.

"Everything will be back on the table in December" at the Athens conference, he said.

British officials, acknowledging that there was "a political connection" between the issues, emphasized they did not consider the rebate "conditional."

In what appeared to be sign of flexibility in willingness to consider raising such taxes, Mrs. Thatcher said she would be prepared to discuss it if "effective limitations" on EC farm spending were implemented and establishment of what she termed "fairer distribution" of the financial burden among EC member nations.

Britain and West Germany are the only members that are net contributors to the EC's budget.

France and Italy rebuffed a West German initiative aimed at concluding negotiations for EC membership for Spain and Portugal by mid-1984. EC leaders said those talks would be pursued with the objective of concluding them, but the declaration did not specify a deadline.

Mr. Mitterand made it clear Saturday that France would not accept the 1984 deadline suggested by West Germany for concluding negotiations on entry into the EC of Spain and Portugal. He cited the need for first resolving the question of a framework for handling imports into the EC of Mediterranean farm products.

# THE WALL STREET JOURNAL.

20. VI. 1983

EUROPE

3.

## EC Leaders Delay Decisions On Major Issues at Summit

By DIANE L. COUPE and THOMAS KAMM  
Staff Reporters of THE WALL STREET JOURNAL

**STUTT GART** - The leaders of the European Community averted a crisis at their weekend summit here by postponing decisions on the major issues dividing the EC, including the community's future financing.

Instead, the heads of state and government resolved to negotiate over the next six months under a "special emergency procedure" to "tackle the most pressing problems facing the community." The results of these negotiations will be presented at the next EC summit, to be held in Athens in December.

"We didn't solve any problems in Stuttgart," said Gaston Thorn, president of the EC Commission, at a press conference at the end of the summit. But, he added, "Stuttgart avoided the failure that we feared. A failure in Stuttgart would have been a failure for Europe."

On foreign affairs, the leaders issued a statement calling for an internal solution to Central America's problems—a position that is at odds with the Reagan administration's policies. They also called for the withdrawal of all foreign forces from Lebanon, a national reconciliation in Poland and a settlement at the Conference on Security and Cooperation in Europe.

### A Minor Victory for Thatcher

Although all participants expressed satisfaction with the summit's outcome, only British Prime Minister Margaret Thatcher could point to a tangible result. She succeeded in obtaining a tentative agreement on a 1983 budget rebate for Britain of 750 million European currency units (\$669 million). But even this figure represents a substantial compromise. Britain was originally seeking a refund of about two-thirds of its net 1.9 billion ECU contribution to the 1983 budget, but had to settle for only 40% repayment.

Nevertheless, Mrs. Thatcher claimed a minor victory for Britain, and even this victory was achieved through face-saving arithmetic. Reversing her earlier position, Mrs. Thatcher emphasized in a press conference after the summit that the 1983 rebate had to be averaged in with Britain's three earlier rebates. "Over the four years, the 750 million ECUs works out to an average 65.4% rebate. Not bad," she said. "We got what we could defend as two-thirds over four years."

The rebate will be included in the EC's 1984 draft budget. But this doesn't guarantee that Britain will be repaid. Last year, the European Parliament, which must approve the budget, made clear that was the last time it would approve a British rebate independent of a solution to the EC's long-term financing needs.

### Parliament Members Critical

Soon after the summit ended, members of the European Parliament criticized the summit participants for failing to settle the problem of future financing of the community, already on the brink of bankruptcy. "I can say that if there is no long-term solution in Athens, there will be no money for Maggie Thatcher," said Martin Bunge- mann, the head of the liberal faction in the European Parliament.

This position is shared by all the EC member states except Britain. French President Francois Mitterrand, in particular, came to the meeting stressing that there could be no rebate for Britain unless concrete steps were taken to assure the future financing of the community.

Most member states favor increasing revenue by lifting the 1% ceiling on the value-added tax they now contribute to the community budget. VAT is the EC's biggest source of revenue, providing more than 50% of income. But Britain and West Germany have been urging the EC to cut spending, particularly agricultural expenditure that accounts for one-third of the EC budget, rather than increase revenue. The final communique acknowledged the need for greater savings, budgetary discipline and other policies, including a reexamination of EC farm spending. Although West Germany finally came around to accepting the principle of a rise in the VAT ceiling, Mrs. Thatcher succeeded in eliminating references in the final communique to increasing revenue.

Instead, under the emergency procedure decided at the summit, EC foreign, finance and agriculture ministers will hold special sessions to work out a solution to the community's budgetary problems.

Mrs. Thatcher didn't rule out the possibility of an increase in the VAT. "We would be prepared to consider an increase in (the EC's) own resources, provided there is a limit on agricultural spending and other policies, and a fairer distribution of the financial burden," she told a press conference. But West German Chancellor Helmut Kohl bluntly said that there was "an indissoluble link" between Britain's 1983 budget rebate and solutions to the EC's financing needs.

### Considering Spain and Portugal

Mr. Kohl called attention to the unanimous reaffirmation of the EC's commitment to enlarging the community to include Spain and Portugal, and pointed out that this would necessitate additional funds. According to the final communique, which omitted the 1984 date for Spain's and Portugal's entry that had been included in the initial drafts, "the accession treaties can be submitted for ratification when the result of the negotiation concerning the

future financing of the community is submitted."

Yesterday, the heads of state and government also signed a "solemn declaration on European Union." It was initially designed, among other things, to broaden the powers of the European Parliament and extend the EC's influence to security issues. But the final text was so watered down that Mr. Thorn, the EC Commission president, didn't sign it.

The EC leaders' statement on Central America is considered a rebuke of the Reagan administration's policies. The heads of state and government declared that the problems of Central America could not be solved by military means, but "only by a political solution springing from the region itself and respecting the principles of non-interference and inviolability of frontiers." The statement also expressed support for calls by Mexico, Venezuela, Panama, Columbia and Costa Rica for negotiations between governments and guerrilla groups.

On the Middle East, the leaders said the signing of the Israel-Lebanon agreement under which Israel pledged to withdraw its troops from Lebanon when all other foreign forces withdraw "constitutes a step which must be followed by others." They said that peace in Lebanon requires "the complete and prompt withdrawal of foreign forces . . . except for those whose presence may be requested by the Lebanese government."

Concerning East-West matters, the European leaders expressed their "conviction that only a national reconciliation" can lead Poland out of its "grave crisis." They also reiterated their view that an agreement at the Madrid Conference on Security and Cooperation in Europe would open the way to a conference on disarmament in Europe and make a useful contribution to the improvement of East-West relations.



Prozeduren statt Substanz

Der EG-Scheinerfolg von Stuttgart

Dem EG-Gipfel haben seine drei Stuttgarter Tage (vgl. NZZ Nr. 141) nicht genügt, um Unvereinbares vereinbar zu machen. Das Schlüsselproblem der zukünftigen *Finanzverfassung* der Gemeinschaft blieb ungelöst. Zustande kam ein gigantisches *Arbeitsprogramm*, das die Gemeinschaftsorgane in den nächsten sechs Monaten bewältigen sollen. Freilich kann diese Art Ergebnis nicht erstaunen. Man hat schon oft erlebt, dass der Europäische Rat sachlichen Differenzen durch Prozedurbeschlüsse ausgewichen ist. Diesmal hatte er ohnehin nur die Wahl zwischen Misserfolg und Scheinerfolg. Er zog das zweite vor, für das erste ist noch Zeit.

Jedenfalls scheinen in der *Sache* die Positionen weiterhin *fundamental unterschiedlich*. Das gilt vorab für die beiden Hauptkontrahenten, *Grossbritannien* und *Frankreich*. Das Kernproblem liegt darin, dass Frankreich der grösste Nutzniesser der kostspieligen EG-Agrarpolitik ist, während Grossbritannien dafür die schwersten Lasten trägt. Uebereinstimmung besteht im Grunde nur im Mass der Entschlossenheit, mit der beide die eigenen Stellungen verteidigen.

Die *materielle Essenz* des Konflikts ist vergleichsweise einfach. Sie ergibt sich aus den Besonderheiten des *EG-Haushalts*. Dessen *Ausgabenseite* wird zu etwa zwei Dritteln durch die Aufwendungen für die Stützung der Agrarmärkte beansprucht. Mit einer überdurchschnittlich expansiven Tendenz der Gesamtaufwendungen muss man rechnen. Sie resultiert nicht allein aus den landwirtschaftlichen Marktordnungen und der Agrarpreispolitik. Hinzu kommt die Absicht, vermehrt «neue Politiken» (Energie-, Regional-, Industrie-, Forschungs-, Sozialpolitik usw.) gemeinschaftlich zu finanzieren. Ausserdem wird die geplante *Aufnahme Spaniens und Portugals* in die EG zusätzliche Lasten bringen. Die *Einnahmenseite* des Brüsseler Budgets ist jedoch vorverhandelt vertraglich limitiert. Sie wird gespeist durch die Erlöse aus den Importabgaben (Industriezölle und Agrarabschöpfungen), aus einer gemeinschaftsinternen Zuckersteuer und vor allem aus den nationalen Mehrwertsteuern. An deren Aufkommen partizipiert die EG im Betrag von höchstens einem Prozentpunkt der vereinheitlichten Bemessungsgrundlagen.

Man weiss, dass die gemeinschaftlichen Fiskalquellen 1984, vielleicht schon 1983, *nicht mehr ausreichen* werden, um gemäss der bisherigen Ausgabenpraxis den Haushaltbedarf voll zu decken. Die Brüsseler Kommission und mehrere Mitgliedstaaten setzen sich daher seit längerem für eine *Erhöhung* des einprozentigen Mehrwertsteuerplafonds ein. Dazu will Grossbritannien einstweilen nicht Hand bieten, und die Bundesrepublik will es nur unter der Bedingung einer konsequenten *Ausgabendisziplin*. Die britische Regierung ist überzeugt, dass eine vernunftgerechte Agrarpolitik, welche die Ueberschusskosten massiv reduzieren würde, reichlich Mittel für andere integrationspolitische Zwecke freilegen könnte. Zugleich müsste eine Ordnung entstehen, die eine «gerechte» *Lastenverteilung* zwischen den Mitgliedstaaten bewirkt. Das britische «Nettobeitragsproblem», das die Gemeinschaft seit vier Jahren über Gebühr unter Druck gehalten hat liesse sich dadurch aus dem Weg räumen. Provisorisch ist es jetzt nochmals für ein Jahr geregelt worden.

Gewiss hat der Europäische Rat die geschilderte Problematik nicht verkannt. Aber sein in Stuttgart gefällter Entscheid,

«der Europäischen Gemeinschaft in einer umfassenden Aktion Impulse zur Neubelebung zu geben», ist nichts weiter als eine *Aufreihung von Absichten*. In den Text der verabschiedeten Erklärung lässt sich vieles hineinlesen. Die finanzpolitischen Passagen beispielsweise können ebenso als Engagement zur Erweiterung der eigenen Fiskaleinnahmen wie als das Gegenteil ausgelegt werden. Es heisst darin: «Auf der Grundlage der erzielten Ergebnisse in bezug auf die Entwicklung der Politiken, die Verbesserung der Haushaltsdisziplin und die Prüfung des Finanzsystems werden Ausmass und Zeitplan des Gemeinschaftsbedarfs an eigenen Mitteln festgelegt.»

Das zweite Hauptdokument von Stuttgart trägt den Titel «*Feierliche Deklaration zur Europäischen Union*». Es handelt sich um den Rest dessen, was der deutsche Außenminister *Genscher* Anfang 1981 mit dem Ziel einer grundlegenden Erneuerung des Einigungsprozesses proklamiert hatte. Bald darauf hatte er den Beistand seines italienischen Amtskollegen *Colombo* erhalten. Die



Genscher-Colombo-Initiative sollte in eine «Europäische Akte» münden, die dazu bestimmt war, der Gemeinschaft in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht eine kraftvolle Handlungsfähigkeit zu geben. Der *Europäische Rat* sollte die Führungsrolle übernehmen, die ihm von Anfang an zugedacht war. Zugleich war durch eine Aufwertung des *Europäischen Parlaments* die Verstärkung der demokratischen Basis beabsichtigt. An platonischen Aussagen

solcher Art fehlt es auch in der jetzt unterzeichneten Deklaration nicht, wohl aber an rechtlicher Verbindlichkeit. Und in bezug auf die *politische Durchschlagskraft* überwiegt die *Skepsis*.

Das kommt nicht von ungefähr. *Deklamatorisches* hat es in den gut drei Jahrzehnten der Geschichte der Europäischen Gemeinschaften, seit dem Schuman-Plan, immer wieder gegeben. Es ist meistens dabei geblieben. Die Proklamation der «*Europäischen Identität*» — Ende 1973 auf dem Kopenhagener Gipfel — und der im Dezember 1975 erstattete *Tindemans-Bericht* hatten keine nennenswerteren Folgen als die vom Pariser Gipfel 1972 verkündete Absicht der Mitgliedstaaten, «vor Ablauf dieses Jahrzehnts die Gesamtheit ihrer Beziehungen in eine Europäische Union umzuwandeln». In der Stuttgarter Deklaration findet sich ein fast identischer Wortlaut. Ob er den vielzitierten «qualitativen Sprung nach vorn» verbürgen wird, ist eine offene Frage.

Zu ihrer Beantwortung hat sich der Europäische Rat *fünf Jahre Zeit* gegeben. Er will dann die Lage beurteilen und «im Lichte der Ergebnisse dieser Ueberprüfung» entscheiden, «ob die erzielten Fortschritte in einen *Vertrag* über die Europäische Union eingebracht werden sollen». Mittlerweile arbeitet das *EG-Parlament* an seinem eigenen europäischen *Verfassungsentwurf* weiter. Dessen Leitlinien sind vor Jahresfrist in Strassburg formuliert worden. Sie streben auf ein *föderales Modell* hin, also auf jenes Konzept, von dem in Stuttgart *Frau Thatcher* (wohl auch stellvertretend für andere) gesagt hat, es sei durchaus nicht das Ziel der Union.

Zr.

